

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. SEPTEMBER 2022

(C/2024/6045)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2022-2023

Sitzungen vom 12. bis 15. September 2022

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Die Auswirkungen von Dürre, Bränden und anderen extremen Wetterereignissen: verstärkte Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
3. Die Lage in der Taiwanstraße (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	4
4. Standpunkte des Rates in erster Lesung (Artikel 63 GO)	4
5. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (Aussprache)	4
6. Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik (Aussprache)	15
7. Zusammensetzung des Parlaments	27
8. Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik (Fortsetzung der Aussprache)	27
9. Lage der Europäischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (SME Union) (Aussprache)	28
10. Wiederaufnahme der Sitzung	37

Inhalt	Seite
11. Abstimmungsstunde	37
11.1. Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Zwangsverschleppung ukrainischer Zivilisten nach Russland und der Zwangsadoption ukrainischer Kinder in Russland (RC-B9-0388/2022, B9-0388/2022, B9-0390/2022, B9-0399/2022, B9-0402/2022, B9-0407/2022) (Abstimmung)	38
11.2. Menschenrechtsverletzungen in Uganda und Tansania im Zusammenhang mit Investitionen in Projekte zur Nutzung fossiler Brennstoffe (B9-0385/2022, B9-0408/2022, RC-B9-0409/2022, B9-0409/2022, B9-0410/2022, B9-0411/2022, B9-0412/2022) (Abstimmung)	38
11.3. Nicaragua, insbesondere die Verhaftung von Bischof Ronaldo Álvarez (RC-B9-0383/2022, B9-0383/2022, B9-0386/2022, B9-0387/2022, B9-0395/2022, B9-0397/2022, B9-0401/2022) (Abstimmung)	38
11.4. Makrofinanzhilfe für die Ukraine (C9-0303/2022)	38
11.5. Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn (A9-0217/2022 - Gwendoline Delbos-Corfield) (Abstimmung) ..	38
11.6. Die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2020 und 2021 (A9-0224/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)	38
11.7. Achter Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU (A9-0210/2022 - Constanze Krehl) (Abstimmung)	38
11.8. Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration (A9-0222/2022 - Younous Omarjee) (Abstimmung)	38
11.9. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (A9-0223/2022 - Rainer Wieland, Charles Goerens) (Abstimmung)	38
11.10. Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik (A9-0214/2022 - Tom Berendsen) (Abstimmung)	39
11.11. Die Auswirkungen von Dürre, Bränden und anderen extremen Wetterereignissen: verstärkte Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels (RC-B9-0384/2022, B9-0384/2022, B9-0391/2022, B9-0393/2022, B9-0403/2022, B9-0404/2022, B9-0405/2022) (Abstimmung)	39
11.12. Die Lage in der Taiwanstraße (RC-B9-0389/2022, B9-0389/2022, B9-0392/2022, B9-0394/2022, B9-0396/2022, B9-0398/2022, B9-0400/2022) (Abstimmung)	39
12. Wiederaufnahme der Sitzung	39
13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	39
14. Umweltkatastrophe in der Oder (Aussprache)	39
15. Erklärungen zur Abstimmung	47
15.1. Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn (A9-0217/2022 - Gwendoline Delbos-Corfield)	47
15.2. Achter Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU (A9-0210/2022 - Constanze Krehl)	47

Inhalt	Seite
15.3. Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik (A9-0214/2022 - Tom Berendsen)	48
15.4. Die Auswirkungen von Dürre, Bränden und anderen extremen Wetterereignissen: verstärkte Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels (RC-B9-0384/2022, B9-0384/2022, B9-0391/2022, B9-0393/2022, B9-0403/2022, B9-0404/2022, B9-0405/2022)	48
15.5. Die Lage in der Taiwanstraße (RC-B9-0389/2022, B9-0389/2022, B9-0392/2022, B9-0394/2022, B9-0396/2022, B9-0398/2022, B9-0400/2022)	49
16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	49
17. Petitionen: siehe Protokoll	49
18. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	49
19. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	49
20. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	49
21. Beschlüsse zur Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll	49
22. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte	50
23. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	50
24. Schluss der Sitzung	50
25. Unterbrechung der Sitzungsperiode	50

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 15. SEPTEMBER 2022

VORSITZ: NICOLA BEER

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.00 Uhr eröffnet.)

2. Die Auswirkungen von Dürre, Bränden und anderen extremen Wetterereignissen: verstärkte Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Die Lage in der Taiwanstraße (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Standpunkte des Rates in erster Lesung (Artikel 63 GO)

Die Präsidentin. – Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich noch eine Ankündigung zu machen.

Die Präsidentin hat vom Rat dessen Standpunkt in erster Lesung bezüglich der Anwendung des Regelungsverfahrens mit Kontrolle erhalten, einschließlich der Gründe, aus denen dieser Standpunkt festgelegt wurde. Die Standpunkte und Stellungnahmen der Kommission sind ebenfalls eingegangen. Der Titel wird im Protokoll dieser Sitzung bekannt gegeben. Die Dreimonatsfrist, über die das Parlament verfügt, um sich zu äußern, beginnt somit am morgigen Tag, dem 16. September 2022.

5. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Rainer Wieland und Charles Goerens im Namen des Ausschusses für konstitutionelle Fragen über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (Neufassung) (COM(2021)0734 – C9-0432/2021 – 2021/0375(COD)) (A9-0223/2022).

Rainer Wieland, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit einem Bericht, der die europäische Parteienfinanzierung besser regeln soll. Die Parteienfinanzierung ist ohne Zweifel eines der Mosaiksteinchen, die zusammen das Bild der europäischen Demokratie oder – was nicht das Gleiche ist – der Demokratie in Europa abbilden. Dieses Gesamtbild wird dann auch darüber entscheiden, inwieweit es möglich ist, wirklich eine europäische Öffentlichkeit herauszubilden. Wir wollen starke Parteienfamilien als diejenigen, die auch gegenüber der Öffentlichkeit erklären, was im Parlament passiert, die ihre Programme vor der Europawahl darlegen und in den Wettbewerb um das Vertrauen der Wähler eintreten.

Diese vorliegende Gesetzgebung ist ein wichtiger Schritt. Aber ich will mal sagen: Das ist kein Meilenstein, es ist ein weiterer Arbeitsschritt. Weitere Schritte werden folgen müssen. Das, was die Kommission vorgelegt hat, ist im Wesentlichen das, was auch das Parlament gefordert hat. Allerdings hatte das Parlament noch einige Vorstellungen darüber hinaus, und ich will mal ausdrücklich sagen, Frau Kommissarin: Uns hat missfallen, dass die Kommission das Stilmittel des *Recast*, also der Novelle, gewählt hat. Und in den Abreden zwischen Kommission und Parlament ist festgelegt, dass in diesem Parlament das Parlament darauf beschränkt ist, die Dinge zu adressieren, bei denen die Kommission die Hand an das Gesetz gelegt hat und Veränderungen eingeführt hat. Alle anderen Bereiche waren für uns gewissermaßen tabu, so sind die aktuellen Regeln. Und ich empfinde das parlamentarisch gesehen als außerordentlich unsportlich, dass die Kommission den Weg des *Recast* gewählt hat. Das ist nicht die Zusammenarbeit mit dem Parlament, die die Kommission bei Amtsantritt versprochen hat.

Viele Anträge betrafen technische Details. Da haben wir überhaupt keinen Streit. Wir hatten überhaupt über 300 Anträge. Die meisten Dinge sind dazu da, unnötige Bürokratie abzuschaffen, Schlupflöcher zu schließen, Sanktionen zu verschärfen und Abläufe zu erleichtern.

Ich will aber auf einige Punkte eingehen, die sicher in der Folge sehr schwierig werden. Wir werden heute, das wird mein Ko-Berichterstatter Herr Goerens tun, um ein Mandat bitten, um in die Verhandlungen mit dem Rat einzutreten, Herr Minister. Man braucht kein Prophet zu sein, um zu sagen, dass diese Verhandlungen nicht einfach werden. Das Parlament und die Parteien legen Wert darauf, dass wir in den politischen Wettbewerb eintreten können. Und in meinem Mitgliedsland – ich will das mal ganz offen sagen –, wenn in wenigen Wochen in Niedersachsen eine Landtagswahl ist, dann ist es ganz selbstverständlich, dass die Parteien, die Parteivorsitzenden in dieses Bundesland fahren und dort für ihre Partei im jeweiligen Land auch politische Positionen darlegen.

Das wird von einigen Mitgliedstaaten als No-Go, als unanständig, als Tabubruch, als Einmischung empfunden. Und das hat in einer modernen europäischen Parteiendemokratie nichts verloren. Da werden wir vielleicht nicht zu einer Einigung kommen, aber wir werden darum ringen müssen. Die EVP-Fraktion, wenn ich das hinzufügen darf, hat noch einen schwierigen Punkt: Wir haben mit gewissem Grummeln gesehen, dass die Eigenmittel von zehn Prozent auf fünf Prozent gesenkt wurden. Das sind wir im Interesse eines Pakets mitgegangen.

Aber wir haben große Bedenken – das habe ich immer angekündigt in den Verhandlungen –, dass im Wahljahr, wo die Parteien immer auch in Gefahr sind, wenn es heiß wird, schwierige Wege zu gehen, dass im Wahljahr dieser Eigenbeitrag auf Null abgesenkt wird. Das verstehen wir nicht, diesen Weg gehen wir nicht mit. Und das wollen wir auch bei den Abstimmungen aufzeigen. Ansonsten bedanke ich mich bei allen, die sich mit gutem Willen in diese Verhandlungen eingebracht haben.

Charles Goerens, *rapporteur*. – Madame la Présidente, chers collègues, Madame la Commissaire, dans cette enceinte, nous sommes pour ainsi dire tous membres d'un parti politique. Pour être en mesure de représenter sa circonscription, son pays, ici à Strasbourg ou à Bruxelles, nous avons été élus sur la base d'une liste, d'un programme, un programme commun avec les candidats d'autres pays.

C'est grâce aux partis politiques que nous arrivons à effectuer ces tâches sans lesquelles une démocratie pluraliste serait impensable. On veut plus de démocratie à l'échelle européenne aussi. Cela présuppose l'existence d'un demos européen. À ceux qui prétendent que le demos européen n'existe pas, j'aimerais relater la réflexion d'un de mes collègues: «Que je me trouve à Paris, à Rome, à Varsovie ou ailleurs en Europe, les jeunes que je rencontre s'habillent de la même façon, ont des aspirations communes, souvent les mêmes goûts pour la musique, aspirent à la liberté. Quelque chose de commun est en train de se développer sous nos yeux».

Des aspirations communes se sont manifestées également dans le cadre de la conférence sur l'avenir de l'Europe. Il est évident que les partis politiques sont indispensables dans un monde qui est à la fois plein d'opportunités et de menaces. La politique, si elle veut répondre aux attentes des citoyens en matière de sécurité, de lutte contre la dégradation du climat et de nos conditions de vie, de préservation de nos libertés et valeurs, n'y arrivera pas sans tenir compte des courants de pensée qui doivent pouvoir s'exprimer librement.

Notre rapport vise à faciliter le travail des partis. Nous voulons rendre les partis moins dépendants de financements extérieurs et privés en augmentant les subventions à charge du budget de l'Union européenne. Nous défendons les partis dans leur liberté de penser et d'agir. Il n'y a qu'une seule limite: c'est là où l'opinion cesse d'être une simple opinion et qu'elle devient un délit. C'est pourquoi la référence aux valeurs de l'Union dans ce texte nous paraît indispensable. Nous avons des valeurs communes, nous en sommes fiers, mais nous n'en avons pas le monopole. Les États membres du Conseil de l'Europe ont souscrit pour ainsi dire aux mêmes valeurs que nous. C'est pourquoi nous voulons ouvrir la possibilité aux partis actifs dans les États membres du Conseil de l'Europe de s'associer aux partis politiques européens de l'Union européenne. Leurs représentants forment des groupes politiques avec leurs homologues des États membres de l'Union européenne à l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe. Pourquoi ne pas les laisser s'associer aux partis politiques de l'Union européenne?

La vie politique est animée par une compétition entre les partis politiques. Cette compétition doit être équitable. Des règles de transparence, d'égalité de traitement entre partis sont indispensables. C'est pourquoi une autorité prévue à cet effet veille au respect des règles prévues à cet effet.

Chers collègues, je tiens à remercier celles et ceux qui ont contribué à la réalisation de ce travail. Je pense à mes assistants, Yves Hoffmann et Jessica Simoes, ainsi qu'à Rainer Wieland, le corapporteur, et à son assistante, Angela, qui ont toujours été tôt ou tard prêts à chercher le compromis. Le vote d'aujourd'hui n'est pas la fin de cet exercice. Une négociation passablement compliquée avec le Conseil va s'engager dès la semaine prochaine, si vous nous donnez le mandat pour ce faire. Si vous voulez que nous abordions ce trilogue en position de force, vous ne manquerez pas, j'en suis sûr, de voter massivement en faveur de la position définie dans le cadre du présent rapport.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, it is my pleasure to continue our discussion on this important file. In the current geopolitical context, it is our collective duty to reaffirm our commitment to democratic values and to preserve an open democratic debate.

European political parties and the foundations linked to them fulfil an essential role in a representative European democracy, as we already heard in both the contributions of Mr Wieland and Mr Goerens. They create a direct link between the citizens and the political system.

Today, European political parties and foundations, however, face a number of operational difficulties. The proposal we have put forward intends to strike a fine balance between, on the one hand, giving more possibilities to European political parties and foundations to fulfil their role in building and nourishing European political space, and on the other hand, making sure that their action is free from undue interferences and that they use the European funding in the best possible way.

The Commission welcomes Parliament's report and its support for the main and most innovative elements of the Commission's legislative proposal. The Commission also notes the level of ambition demonstrated by the additional amendments tabled. The Commission will carefully assess the proposals made by Parliament, for example on membership definition, on a new category of association fees, on the possibility for European political parties to finance national referendum campaigns, or on the threshold of the due diligence mechanism, as well as on the verification mechanism for compliance.

The aim of the Commission is to improve the quality and the adequacy of the current legal framework in order to facilitate the best outcome possible for EU citizens and EU democracy. Let me react to the question or comment of Mr Wieland on why we chose the recast technique for this proposal.

I would like to recall that the recast is a legal technique used to replace an earlier act which was previously amended, in order to consolidate and simplify the text. This is precisely the case with the latest revision of Regulation No 1141/2014 on the statute and funding of European political parties and foundations. Following the two previous revisions from 2018 and 2019, and given the necessity to update language, obsolete references and provisions, it was necessary to recast the Regulation.

We stand ready to restart institutional negotiations as soon as possible in view of having the new regulation adopted and in force in good time ahead of the next elections to the European Parliament in May 2024, which has always been our mutually shared objective. And I myself am very committed to participating in the political dialogues. As always, the Commission will play the role of an honest broker in the next steps of the legislative process.

Nils Ušakovs, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgets*. – Madam President, the election of the European Parliament in 2024 will become a full-scale stress test for European democracy and actually for our abilities and willingness to protect our values. Everyone in this House does hope that in 2024 the war in Ukraine and the economic, social and energy crises are over.

But we also clearly understand that rogue politicians, extremists, populists, haters from third countries in 2024 will keep on trying to destroy our Union. That's exactly why we need to revise and enhance the Regulation on European political parties and foundations.

Full transparency and accountability with respect to spending and donations, streamlined communication between parties and citizens: I am really pleased to find all these examples worked out with my colleagues from the Committee on Budgets in this draft report on the recast of this important piece of regulation.

Eugen Tomac, *în numele grupului PPE*. – Doamnă președintă, doamnă comisară, stimați colegi, felicit raportorii. Este un subiect extrem de important pentru noi, în contextul în care ne aflăm și cred că este esențial ca Regulamentul privind statutul și finanțarea partidelor politice europene și a fundațiilor politice europene din 2014 să fie reformat.

Avem nevoie de un cadru legal cuprinzător, care să asigure cele mai înalte standarde de funcționare și finanțare ale familiilor politice din Uniunea Europeană, iar cel mai important aspect pe care vreau să îl punctez este transparența, pentru că observăm, nu mai este nicio noutate, că democrația noastră este atacată prin intermediari politici de cei care vor să zdruncine democrația europeană, iar Putin este specialist în așa ceva.

Suține partide extremiste, încurajează mișcările antieuropene și noi avem nevoie de mecanisme prin care să ne protejăm identitatea politică, democrația, libertățile și valorile care stau drept temelie pentru proiectul nostru european care va merge mai departe.

Și sunt absolut convins că, atât Ucraina, Moldova și Georgia, care au avut de suferit pentru că au existat aceste interferențe permanente, vor fi parte a proiectului european și au nevoie și de aceste mecanisme la care lucrăm în prezent.

Gabriele Bischoff, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, werte Kommissarin Jourová, Kolleginnen und Kollegen! Als Schattenberichterstatterin freue ich mich, dass wir hiermit die Weichen stellen können, um politische Parteien in Europa zu stärken und eben auch die Stiftungen.

Es ist schon gesagt worden: Was wir wollen, ist, sie ein Stück sichtbarer zu machen, damit sie eben nicht nur kurz vor der Europawahl alle fünf Jahre mal auftauchen. Wir stärken die demokratische Kontrolle der europäischen Parteien und ihrer Mitgliedsparteien, weil wir eben auch stärker kontrollieren wollen, dass sie die europäischen Werte einhalten, dass sie sich zu ihnen bekennen, wie wir sie eben in den europäischen Verträgen festgeschrieben haben. Wir wollen nicht, dass europäische Parteien oder Stiftungen, die nicht die Werte unserer Union einhalten, mit europäischen Geldern finanziert werden oder diese Gelder vielleicht sogar für Maßnahmen nutzen, die den Werten widersprechen.

Wichtig ist nochmal – und das ist auch schon gesagt worden, mein Kollege Wieland hat es gesagt: Wir agieren hier bei der Europawahl auch als Parteien nicht im luftleeren Raum. Deshalb ist es wichtig, Farbe zu bekennen, damit die Bürgerinnen und Bürger wissen, zu welcher Parteienfamilie Sie hier entsprechend gehören, welches Programm auf europäischer Ebene eigentlich vertreten wird, und das eben auch an prominenter Stelle auf der Internetseite zu veröffentlichen, inklusive eben auch des Logos.

Wichtiger Punkt für uns – und auch für mich – war immer, dass wir die Geschlechtergleichstellung auch hier stärken, dass die europäischen politischen Parteien auch hier Farbe bekennen müssen, dass sie auf ihrer Internetseite öffentlich machen müssen, wie es bei ihnen in Bezug auf Geschlechtergleichstellung und Kandidatenaufstellung steht. Denn Eines ist auch klar: Wir brauchen viel stärkere Maßnahmen, um sicherzustellen, dass es nicht dabei bleibt, dass wir 37 % Frauen in diesem Europäischen Parlament haben, sondern dass wir es schaffen, dass beide Geschlechter eben auch hier entsprechend vertreten sind.

Sandro Gozi, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Madame la Vice-Présidente, une démocratie ne peut pas fonctionner sans des partis et des mouvements politiques qui fonctionnent. La démocratie européenne ne peut pas se limiter à 27 espaces politiques séparés; elle doit s'appuyer sur de véritables partis politiques européens, elle doit se renforcer dans un espace politique transnational. À cette fin, les partis politiques européens doivent devenir de vrais partis et pouvoir faire de la vraie politique. C'est la raison pour laquelle nous devons modifier les règles. Il est absurde, par exemple, qu'un parti européen ne puisse pas participer à un débat dans un référendum national qui concerne l'avenir de l'Union, comme cela s'est passé à l'occasion du Brexit. Il est nécessaire de renforcer leur autonomie budgétaire. Il est impératif d'imposer plus de transparence. Ce sont des questions de crédibilité et ce sont des questions de responsabilité politique. Ceci correspond également aux demandes des citoyens lors de la conférence sur l'avenir de l'Europe.

Les objectifs de ce rapport, dont je remercie vivement les deux corapporteurs, Charles Goerens et Rainer Wieland, s'inscrivent par ailleurs dans une stratégie de démocratie et politique plus vaste, car nous devons pouvoir voter directement pour les partis européens à travers la liste transnationale afin de renforcer leur légitimité démocratique et nous devons lutter contre la désinformation et les ingérences étrangères notamment, mais pas seulement, avec de nouvelles règles sur la publicité politique pour protéger nos démocraties. Et nous devons aller vite. Lors des élections européennes de 2024, grâce à ces réformes, nous devons multiplier le pouvoir de choix des citoyens dans un nouvel espace démocratique plus efficace, plus transparent et surtout plus européen.

Gwendoline Delbos-Corfield, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, est-ce que les partis politiques européens et les fondations européennes devraient être exemptés des règles que nous exigeons du reste du monde en termes de transparence et en termes d'égalité de genre? On parle beaucoup d'interférences étrangères et de l'interférence qui pourrait avoir lieu notamment à travers les partis et l'argent qui leur est donné. Et pourtant, il a été très difficile dans ces textes d'aller beaucoup plus loin sur la transparence sur ces questions. Et les partis politiques européens vont pouvoir encore longtemps cacher la plupart des grosses sommes importantes qu'ils reçoivent de contributeurs privés.

Mais c'est sur la question de l'égalité de genre et de l'accompagnement des femmes en politique que le débat a été le plus compliqué. En trois ans, dans cette maison, je n'avais jamais rencontré un refus pareil de discuter de ces questions-là. Nous n'avons pas pu avancer sur aucun de ces sujets et, du coup, nous allons avoir des partis politiques européens qui peuvent continuer à avoir des conseils d'administration à 100 % masculins alors que nous demandons aux entreprises de ne plus le faire. Nous allons avoir des partis politiques européens qui vont pouvoir continuer à exercer du harcèlement moral ou sexuel sans mettre en place de mécanismes de prévention, sans y réfléchir, sans y travailler au sein de leur parti. Nous allons aussi avoir des partis politiques européens qui peuvent continuer à ignorer la faible représentation des femmes en politique, à ne pas se questionner sur comment on pourrait changer cela, accompagner les femmes, les former et travailler avec elles pour qu'elles prennent plus de place, notamment dans des pays où les règles n'obligent pas à mettre des femmes sur les listes. C'était un peu triste d'en arriver là et il me semble que pour certains de mes collègues, les partis politiques vont rester longtemps le cénacle du conservatisme le plus important. Et c'est inopérant parce que quand nos partis politiques et nos parlementaires sont autant en décalage avec la société et les peuples, eh bien nos politiques publiques sont aussi inefficaces.

Gilles Lebreton, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, chers collègues, le rapport de MM. Goerens et Wieland veut renforcer le rôle des partis politiques européens. Il a notamment pour objectif de leur permettre de participer plus facilement aux campagnes européennes ainsi qu'aux campagnes nationales portant sur des thèmes européens. J'y suis bien sûr hostile, car il s'agirait d'un moyen supplémentaire de diffuser la propagande européiste au cœur des campagnes électorales nationales. Le rapport ne s'en cache d'ailleurs pas puisqu'il affirme vouloir contribuer à la création d'un espace politique européen.

Outre que des millions d'euros seraient dilapidés dans cette aventure, l'entreprise présenterait l'inconvénient de ressusciter le projet de création de listes transnationales, dans la mesure où chaque liste transnationale aurait vocation à être portée par un parti politique européen. En théorie, les mouvements nationalistes comme le RN et ses alliés pourraient au moins se défendre en formant leurs propres partis politiques européens. Mais en pratique, ils en seraient tôt ou tard empêchés, puisque le rapport les soupçonne déjà d'être corrompus par Poutine. L'outil de censure idéologique est déjà en place avec l'autorité de contrôle.

Après la démocratie sans peuple, l'Union européenne est en train d'inventer la compétition électorale à sens unique. Je ne suis pas dupe de vos manigances. Face à l'offensive oligarchique et anti-nationale que vous cautionnez, je préconise la suppression des partis politiques européens, l'interdiction des listes transnationales et l'organisation dans chaque État membre d'un référendum sur la transformation de l'Union en État fédéral.

Jacek Saryusz-Wolski, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, this report contains a number of good proposals, but it also contains a number of far-reaching proposals which aim at drastically and illegitimately capturing the political and democratic sphere of Member States under the pretence of so-called Europeanisation, in a way which is against the subsidiarity and proportionality principles enshrined in the Treaties.

Let me give you just three examples of the most striking provisions which render this project unacceptable in its current form for the ECR Group.

Firstly, allowing association fees from members, parties and member organisations located outside of the European Union, but inside the Council of Europe, poses a serious and a real risk of foreign interference. Remember that until yesterday Russia was a member of the Council of Europe.

Secondly, the draft report proposes increased monitoring and a system of sanctions for non-compliance with the regulation, especially with regard to respecting the Union's fundamental values such as the rule of law. It also includes new requirements for member parties, such as to publish information on gender representation. There should not be any explicit link between the financing of parties and foundations and Article 2 Treaty values, and through control thereof, which could lead to sanctions.

The objectivity and criteria of such mechanisms are highly unclear and doubtful. We are now observing the so-called EU values being used for purely instrumental and political purposes by the EU institutions to punish those who dare to have a different vision of the EU, which in itself is a contradiction of the democratic principles.

The third appalling part of this report is a proposal to allow EU parties to finance campaigns on national referendums that deal with European issues and this will encroach upon the competence of the Member States in contradiction with Article 5 of the Treaty. The Council and the Court of Auditors have already expressed serious concerns on possible financing of national referendums and contributions from the outside. In this sense, this report reflects the ongoing process of introducing a more centralised and oligarchic European Union at the cost of sovereign Member States and the democratic rights of the citizens.

Helmut Scholz, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin Jourová! Seit Jahren nehmen europäische politische Parteien und Stiftungen aktiv teil an der Ausformung europäischer Demokratie. Die Herausforderungen, an denen sich unsere politischen Entscheidungen messen lassen müssen, sind groß. Umso wichtiger ist es daher, dass das institutionelle Gerüst, welches wir mit politischen Inhalten befüllen, mit dem Vertrauen der europäischen Bürgerinnen und Bürger ausgestattet ist. Deshalb spielen die Parteien und die Stiftungen als diskursweitzende Strukturen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Die Überarbeitung der Gesetzgebung nimmt Erfahrungen und Probleme der letzten Jahre auf. Die Berichterstatter haben dazu gesprochen. Und wir lenken die Modernisierung vor allem auf die notwendige Verstärkung der finanziellen und organisatorischen Handlungsfähigkeit der Parteien und Stiftungen, auf die Verstärkung der Transparenz. Und Ansprüche an die innerparteiliche Demokratie sind uns Linken in diesem Rahmen der Gesetzgebung ein besonderes Anliegen. Wenn wir – auch EU-weit besser – ausreichenden Zugang zu Informationen über die politischen Akteure haben, sind die Bürgerinnen und Bürger erst in der Lage, eine mündige Entscheidung zu treffen.

Und für uns ist auch die Teilhabe an der Demokratie ein wichtiger Gesichtspunkt. Wir hätten uns auch gewünscht, wie Kollegin Delbos-Corfield betont hat, die Gleichstellung der Geschlechter als konsequentere, stringente Maßnahme hier einzuschließen. Und ein wichtiger Teil der mündigen Entscheidung ist das Bewusstsein über die eigene Unionsbürgerschaft, deshalb also die Verschränkung von nationaler und europäischer Demokratie. Und ich begrüße ausdrücklich die größere Sichtbarkeit von europäischen Parteien im künftigen Rahmen. Wir haben eine große Aufgabe dabei zu erledigen, und gestern sind die Aufgaben, die in der heutigen Zeit zu leisten sind, gerade auch in Bezug auf Stiftungen und Parteien noch einmal genannt worden.

László Trócsányi (NI). – Elnök Asszony! Az európai politikai pártokra vonatkozó szabályozás reformja – bizonyos pontjaiban – számunkra elfogadhatatlan, egyfajta újabb trójai falónak minősül. A politikai pártok a nép akaratának kialakításában és kinyilvánításában játszanak meghatározó szerepet. A rájuk vonatkozó szabályozásnak mind európai, mind nemzeti szinten olyannak kell lennie, mely biztosítani tudja a pártok szabad értékválasztását. Az előttünk álló szabályzás azonban arra törekszik, hogy a pártok szabad értékválasztása felett mind európai, mind nemzeti szinten ideológiai kontrollt valósítson meg. Így könnyen lehet, hogy aki kritikus hangot ütne meg az uralkodó széljárással szemben, az megkaphatja a vádat, hogy nem tartja tiszteletben az európai értékeket.

Mi csak olyan szabályt tudunk támogatni, amely kizárólag az európai politikai pártok szabad működésére vonatkozik, és nem kíván burkoltan sem behatolni olyan területre, például a nemzeti népszavazásokba, ahol semmi keresnivalója sincs. A jelentésnek kizárólag azokkal a szabályaival tudunk egyetérteni, melyek összhangban állnak az európai szintű szabályozás követelményeivel.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señora presidenta, gracias al señor ministro Bek y a la señora vicepresidenta Jourová, con quienes tenemos siempre una excelente cooperación en todos los asuntos; quiero felicitar también a los ponentes del informe y a los miembros del equipo negociador. No voy a glosar los elementos principales, ya se ha hecho, solamente voy a enfatizar que necesitamos tener listo este instrumento de los partidos políticos europeos y las fundaciones políticas europeas para las elecciones de 2024, pero también necesitamos tener lista para esas mismas elecciones la ley electoral europea que este Parlamento ha propuesto, que incluye la novedad de la circunscripción electoral común.

Son dos elementos que se conjugan, porque este proyecto que se presenta hoy quiere reforzar los partidos políticos europeos, su transparencia, la participación de las mujeres, y también su visibilidad, sus logos, y eso es también lo que estamos proponiendo en la ley electoral europea, que haya una papeleta de una lista europea con el logo de los partidos políticos europeos, entre otras novedades.

Damian Boeselager (Verts/ALE). – Madam President, Commissioner, Minister, it's amazing that we have managed to write down that European political parties should follow the Treaties, but that should be a given. I think our lack of ambition when we look at this regulation is not sufficient.

I've been trying to build a European party now for five years with 18 member parties in the different Member States. I can tell you that we need to rethink how we can make them visible and how we can ensure that they are transparent, so that we see where all the money comes from, especially if we have a war of disinformation running. This is not sufficient. The recast procedure, to be honest, didn't allow us to really go into detail to find these ways of making the political parties more visible and being ambitious in our approach.

We have heard a couple of examples where that could have worked, for example, the European political associations. We have new ideas in other legislation that we could have transferred into this one to allow for real European elections. Again, if I see what was happening with the Commission President yesterday proposing that we have a European Convention, we need to be more bold. We need to actually deliver on a European democracy.

Jean-Lin Lacapelle (ID), – Madame la Présidente, chers collègues, on savait déjà que l'Union européenne, en bon élève de l'Union soviétique, avait adopté le principe brejnévien de la souveraineté limitée, c'est-à-dire que les États satellites de l'URSS étaient libres dans les moyens d'appliquer la doctrine marxiste, mais ils n'étaient pas libres de s'en écarter. L'Union européenne vient, à travers de ce rapport invraisemblable sur les partis politiques européens, d'y ajouter le concept de démocratie limitée.

Comment peut-on accepter, dans un espace prétendument démocratique, qu'une prétendue autorité administrative, sans la moindre légitimité, puisse établir quels sont les partis qui seront éligibles, notamment au plan financier, à la qualité de parti politique européen? Que signifie cette référence absolue aux valeurs de l'Union européenne? Est-ce pour vous une façon de mettre au ban, après des nations telles que la Hongrie et la Pologne, les mouvements politiques, notamment ceux qui sont assis sur une très forte base populaire et une forte légitimité électorale et qui n'adhèrent pas à votre idéologie mondialiste, immigratinniste et destructrice de notre civilisation européenne?

Pour notre part, nous demeurerons fidèles aux principes édictés par la constitution française voulue par le Général de Gaulle, et je le cite: «Les partis et groupements politiques concourent à l'expression du suffrage. Ils se forment et exercent leur activité librement et doivent respecter les principes de la souveraineté nationale et de la démocratie». En effet, la souveraineté nationale et la démocratie, deux concepts qui vous sont totalement étrangers. De plus en plus, l'Union européenne, qui se comporte en ennemi de la liberté, veut contrôler l'esprit intime des citoyens. Ce texte en est l'élément révélateur. Dans votre sectarisme, vous refusez la légitimité aux opinions différentes des vôtres. Mais dites-moi, la démocratie, vous en avez peur?

(L'orateur accepte de répondre à une intervention «carton bleu»)

Rainer Wieland (PPE), *Wortmeldung nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Lacapelle, vielen Dank für die Gelegenheit, noch die Zwischenfrage zu stellen. Ich bin ganz überrascht, welche bedeutenden Argumente Sie hier vorbringen. Wären Sie in der Lage, mir zu sagen, warum Ihre Fraktion für die Sitzungen der Schattenberichterstatter keinen Schattenberichterstatter benannt hat und die Gelegenheit nicht wahrgenommen hat, die Argumente, die Sie hier vortragen, in der Vorbereitung dieser wichtigen Gesetzgebung jemandem zu benennen?

Jean-Lin Lacapelle (ID), *réponse «carton bleu»*. – Cher Monsieur, eh bien tout simplement parce que cela ne sert à rien. Quand nous envoyons nos rapporteurs fictifs, ils ne sont pas écoutés. La démocratie, finalement, ne s'exerce pas dans ce type de commission. Donc ils ont préféré s'abstenir, cher Monsieur, plutôt que de participer à ce numéro de clown hypocrite qui est exercé par cette Union européenne.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Ja rozumiem, że celem tego sprawozdania jest większa przejrzystość i demokracja w finansowaniu i działaniu partii europejskich i fundacji. Ale już koledzy tłumaczyli, dlaczego nie możemy tego poprzeć. Nie możemy poprzeć dlatego, że to jest oczywiście również ingerencja w działalność partii na poziomie państw narodowych i Państwo chcą budować demokrację europejską, a osłabiać jednocześnie demokrację tam, gdzie ona realnie istnieje, w naszych państwach.

Stąd również odniesienie do wartości europejskich. Ale przecież nie chodzi o wartości europejskie, bo my nie mamy problemu z wartościami europejskimi, tylko o to, co po niemiecku się ładnie nazywa *deutungshoheit*. Kto będzie te wartości interpretował? Dla niektórych godność człowieka to jest eutanazja i aborcja. Dla nas – nie. Dla niektórych zgodne z wartościami europejskimi są SPD Gerharda Schrödera i ANO Andreja Babisza, dla nas niezupełnie. Więc albo dopuszczamy możliwość dyskusji na temat wartości, albo chcemy mieć cenzurę i kontrolę procesów politycznych.

Ernő Schaller-Baross (NI). – Elnök asszony! Az európai pártok és pártalapítványok működéséről és pénzügyeiről szóló javaslat, az európai demokráciát alapjaiban veszélyezteti, és sérti a jogállamiság alapvető feltételeit. Az Európai Unió legerősebb demokratikus legitimitációs komponense ma is a tagállamokban sorra kerülő, a nemzeti pártok részvételével működő, többségi elvet követő szabad választás.

Az uniós bürokrácia túlterjeszkedése és az európai uniós tagállamok választási rendszerébe való beavatkozás, hogy az Európai Parlament a saját adminisztrációjából kiszervezett bizottságnak rendelné alá, hogy a demokrácia alappilléret jelentő nemzeti pártok létezhetnek-e, működhetnek-e a tagállamokban. Ennek alapján az Európai Parlament a neki nem tetsző pártokat még akár el is távolíthatná a politikai életből. Ebben a formájában a javaslatot nem tudjuk támogatni.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Vice-Présidente, chers collègues. La présidente de la Commission européenne, Ursula von der Leyen, a annoncé hier ici même un grand pacte pour la défense de la démocratie. C'est ce que nous demandons dans la commission spéciale sur l'ingérence étrangère depuis longtemps déjà. Il est urgent de prendre la mesure du péril et de renforcer nos démocraties. Ce texte y participe. Les partis politiques européens et les fondations européennes sont des acteurs clés de notre vie démocratique et à ce titre, je me réjouis que la révision de leur statut et de leur financement vise à garantir leur meilleure visibilité, à simplifier les procédures administratives et à faciliter leur participation dans certaines campagnes nationales.

Néanmoins, je tiens à vous alerter sur un point précis: la possibilité de financement via des contributions provenant de pays membres du Conseil de l'Europe pose problème. Elle met l'Union européenne dans une position de dépendance vis-à-vis d'autres institutions et envoie un signal dangereux aux États membres auxquels nous demandons de réviser leur loi électorale afin d'interdire les financements étrangers de la vie politique. Donc attention et alerte.

François Alfonsi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, les partis politiques et les fondations politiques sont un vecteur essentiel de la vie démocratique. Ce que nous voterons aujourd'hui ne sera qu'une simple amélioration d'une situation qui est appelée à évoluer en profondeur.

Parmi les évolutions proposées, les plus intéressantes sont celles qui répondent à la situation politique nouvelle, comme le Brexit et le projet d'élargissement, rendu encore plus nécessaire par la guerre en Ukraine. Nous pourrions désormais proposer à des formations politiques britanniques de se maintenir comme membre à part entière de nos partis européens et nous pourrions préfigurer les conditions de l'adhésion ou de la réadhésion de nouveaux pays à l'Europe à travers leur participation à la vie des partis politiques européens.

Ce nouveau règlement simplifiera aussi le fonctionnement des partis, ce qui est important, notamment pour les plus petits partis politiques européens, qui sont tous indispensables à la diversité de l'offre politique faite à nos citoyens. Ces progrès sont intéressants et nous les approuvons.

Comment cependant imaginer que nous allons continuer avec des organes aussi essentiels à la vie démocratique de l'Union, qui devraient en être l'avant-garde, tout en restant autant en retard sur des thèmes aussi sensibles que l'égalité des genres, la lutte contre la corruption ou la lutte pour la transparence?

Dorien Rookmaker (ECR). – Voorzitter, kiezers, opgelet! Onder het mom van versterking van de democratie kunnen Europese partijen straks rekenen op meer geld van de Europese Unie. Dát is het voorstel van de Commissie. Met dit geld mogen ze campagnes opzetten in alle Europese lidstaten, en hiermee worden de verhoudingen in de lidstaten volledig uit hun verband getrokken.

Nog kwalijker: een zogenaamd "oncontroleerbaar, onafhankelijk orgaan" gaat beoordelen of een politieke partij mag méédoen aan het democratisch proces, op basis van vage criteria. En zo kan het gebeuren dat de Europese partij van de socialisten campagne voert in een lidstaat, terwijl bijvoorbeeld de partij van de ECR wordt verboden om nog mee te doen aan het democratisch proces. Onder het mom van transparantie wordt volledige controle ingevoerd op alle politieke partijen.

Transparantie is in principe toe te juichen, maar controle door een politiek opererend orgaan absoluut niet! Wetgeving moet in de eerste plaats de belangen van de burger en de democratie dienen, en niet – zoals nu het geval is – de gevestigde belangen van de Commissie, de Parlementsleden en de eurocraten.

Victor Negrescu (S&D). – Madam President, Commissioner, dear colleagues, we need a strong European democracy to face the current challenges. This requires us to build a resilient society, rules for fair participation, but also strong and transparent European parties and foundations that can help develop the European political and democratic debate across Member States.

This regulation enables us to avoid foreign interventions in the European political landscape by defining clearly what can and should be done in order to avoid the situations presented recently by the media of non-transparent financing of populist parties by authoritarian regimes. I have also made the proposal to consolidate European parties by actively promoting their logos and identity at national level, developing strong activist groups across Europe and enabling them to campaign on European issues.

I take this opportunity to thank all the PS activists that already do that relentlessly across Europe and in my country, Romania. We are building a European agora and our political parties and foundations are at the core of this new democratic identity.

Markéta Gregorová (Verts/ALE). – Madam President, do we find it democratic that, for instance, the Pirate Party, active in 14 Member States and counting four MEPs in this Chamber, is not permitted to register as a European political party? I don't. Genuine and inclusive citizen representation can only be achieved once we lower the threshold for registration. However this report does not mention it.

Do you find it transparent enough if only the identity of bigger donors which donate over EUR 3 000 is to be published? I don't. Accountability is only achievable through full transparency. The EU should follow the standard of mandatory transparent bank accounts for all political parties. It doesn't hurt, I know it by experience.

And do we find it safe that foreign entities are allowed to donate money to these non-transparent accounts of European political parties? I don't. We are in a time of war, and donations coming from foreign powers which seek to destabilise our democracies should be seen, and stopped.

I and my Pirate colleagues will thus not vote in favour of this report.

Spontane Wortmeldungen

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, vicepresidenta Jourová, quiero saludar el paso adelante en el proceso siempre querido por una mayoría de este Parlamento Europeo de democratización y parlamentarización de la vida política europea y del proceso europeo. ¿Cómo se da ese paso? Aprobando este decisivo Reglamento sobre el estatuto y la financiación de los partidos políticos europeos y las fundaciones políticas europeas.

Y resalto particularmente, primero, la dimensión europea; en segundo lugar, el ateniimiento a los valores y principios que vinculan a los partidos políticos europeos si quieren recibir financiación de acuerdo con el Derecho de la Unión, de modo que no se pueda atentar contra los valores europeos recibiendo financiación europea, y esto es un principio que aprende de las lecciones duramente enseñadas por la historia de Europa y en los Estados miembros, y, en tercer lugar, que asegura la igualdad de género, el equilibrio de género.

Por tanto, solo esperamos que esta primera lectura sirva para que la legislación esté en vigor en las próximas elecciones a este Parlamento Europeo en 2024: un paso adelante en la democratización del proceso europeo.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisară, calitatea actului politic depinde de modul în care alegem oamenii, de modul în care îi cunoaștem. Evident, pentru acest lucru, cetățenii au nevoie de informare, iar informarea se face atunci când ai un buget.

Sunt de acord să reglementăm și să fie transparentă finanțarea partidelor politice și la nivel național, și la nivel european. Problema se pune că finanțarea se face doar pentru partidele mari. Oamenii nou intrați în politică, partidele mici intrate în politică nu primesc bani de la buget, nici la nivel național, nici la nivel european, deși reprezintă niște cetățeni.

De aceea, cred foarte mult că trebuie să avem această privire și în statele membre, pentru că, până la urmă, instituțiile europene sunt dotate, să zic așa, cu resursa umană din statele membre.

Eu, personal, nu sunt de acord ca partidele mici, partidele neparlamentare, să nu poată să fie finanțate nici la nivel național, nici la nivel european. Nu vom putea îmbunătăți și noi clasa politică.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, thank you very much for your interventions. As many of you said, these proposals are very important to ensure fair and free elections and an informed and pluralistic political debate without undue interferences. And the new legal framework should be in force in good time ahead of the next elections to the European Parliament, as also many of you mentioned.

I would like on this place to remind us of the broader context of this legislation, because we are working on an electoral package which should protect our elections and fair political competition in the EU much better and in a much stronger way. Let me recall the legislation on political advertising, which seeks to protect the European voters against hidden manipulation and against the attacks through different disinformation campaigns. Let me also recall the legislation which should strengthen the aspect of citizenship, which some of you also mentioned, which is presented in the voting and candidacy rights of mobile citizens.

Some of you also mentioned gender equality and gender balance. This is very important that we introduce this aspect in the legislation for the European political parties, because indeed they should lead by example. The 37% of women in the European Parliament, it is still quite a relatively good figure compared with many national parliaments, and especially the governments where we in some cases, in some countries, see hardly any women. So I think that this example we set in the legislation for European political parties is very important.

One reaction on the comments on donations: I want to emphasise that donations from outside the EU are and will continue to be fully forbidden. Also, I wanted to react to Mr Lacapelle, who, if I see well, left the room. So in spite of the fact that he is not listening, I would like to ask him not to compare the European Union with the Soviet Union. Please do not do that. I lived half of my life in one of the Soviet Union satellites. Believe me, it's not the same. And you don't have a clue about that. So please don't use this comparison.

To conclude, the Commission recognises the complexity and sensitivity of the file and stands ready to work with the co-legislators to find common ground on the outstanding issues and to ensure the timely delivery of this important piece of legislation. At this moment, however, it reserves position on the content of this report.

Rainer Wieland, *Berichterstatter*. – Frau Präsidentin! Ich bemühe mich, hier im Haus meine Arbeit, wenn es geht, möglichst unaufgeregt zu machen. Aber heute haben mich dann doch ein, zwei Sachen geärgert. Frau Kommissarin, Sie haben gesagt, bei der Neufassung würde es eigentlich nur darum gehen, technische Aspekte zu regeln. Also wenn es darum geht, dann hätten wir hier jetzt nicht die große Bühne aufziehen müssen. Nein, es geht nicht darum, nur technische Aspekte zu verändern. Wir haben auch einige inhaltliche Dinge geändert, die im Wettstreit der Parteien zu Veränderungen führen.

Und ich will mal wirklich sagen, dass Sie dieses *Recast* – die Neufassung, die Sie gewählt haben, was uns limitiert – gewählt haben, weil Sie nicht wollen, dass das Parlament dorthin fasst, wo Sie nicht hin fassen wollen. Und im Lichte dessen, was die Kommission mit der Konferenz zur Zukunft Europas erreichen will und dort verkündet hat, muss ich sagen, war diese Sache für eine Gesetzgebung eine verpasste Chance.

Und dann zu den geschätzten Kollegen von den Mitbewerbern: Ich hätte eigentlich gerne den Herrn Kollegen Saryusz-Wolski auch schon gefragt. Also der Herr Lebreton hat gesprochen, der Herr Lacapelle ist schon wieder nicht mehr da. Er hat gesagt: Wir beteiligen uns nicht, weil da eh Sachen besprochen werden, die uns nicht gefallen. Die ID-Fraktion hält es nicht mal für nötig, einen Schattenberichterstatter zu benennen und in die Verhandlungen zu schicken. Man könnte ja mal auf die Idee kommen, dass bei einer Gesetzgebung, die ich überhaupt nicht möchte, es doch ein paar Details gibt, an denen ich mitwirken kann, um die Geschichte zu verbessern oder zu verschlechtern.

Es wurde hier vorgetragen, Sie seien die Freunde der Freiheit. Den Beweis sind Sie nicht angetreten. Aber Sie konnten schon gar nicht den Beweis antreten, dass Sie Freunde der Arbeit sind. Und ein Teil Ihrer Kollegen ist ja schon wieder weg. Und der Kollege Saryusz-Wolski, das will ich auch mal sagen, der war kein einziges Mal da und hat hier auch ein relativ starkes Statement abgeliefert. Das ist parlamentarisch nicht genug. Ich würde nicht auf die Idee kommen, Kollegen, die oft mal verhindert sind, hier im Plenarsaal bei einer Debatte bloßzustellen, weil ich manchmal auch keine Zeit habe. Aber wenn ich mit einer Gesetzgebung befasst bin und wenn ich Redezeit habe, dann bin ich die ganze Zeit da.

Das betrifft übrigens auch die beiden Vertreter der Grünen, die jetzt vielleicht Beifall klatschen. Ja, die Grünen haben ja einen Punkt herausgezogen, ansonsten haben sie bei den Kompromissen mitgewirkt. Ja, aber die Frau Kollegin Delbos-Corfield, die hat ja gesagt, sie hätte dies und jenes noch nie erlebt. Ich habe noch nie erlebt, dass in einem Schattenberichterstatter-Treffen sich Leute so oft so unterschiedlich vertreten lassen und überhaupt nicht da sind. Wenn man draußen in jedes Mikrofon beißen muss, ja, dann muss man dafür sorgen, dass man drinnen auch die Arbeit machen kann. Überall dort, wo die Leute dann Verantwortung übernehmen – in Regierungen –, ja, da merkt man, wie dünn der Lack dann ist. Also ich lasse mir bestimmte Sachen in diesem Haus einfach nicht mehr bieten und lasse mir hier draußen, wenn man dasteht und eine Gesetzgebung abschließend beschließt, nicht da so eine Bemerkung hinrotzen.

Charles Goerens, rapporteur. – Madame la Présidente, merci aux collègues qui ont fait une intervention dans le cadre du présent rapport et aussi suite aux réponses de M^{me} la commissaire Jourová. Merci à tous les collègues. Notre collègue Ruiz Devesa a eu raison de souligner que nous devons être prêts pour les élections de 2024, pour les élections européennes de 2024. Il a raison parce que ceci fait partie d'un «paquet démocratie»: ce n'est qu'une pièce, mais une pièce essentielle. Si nous voulons faire aboutir l'ensemble du paquet, nous devons faire aussi aboutir ce dossier.

Un autre collègue, qui n'est plus présent dans la salle, aimerait savoir pourquoi nous proposons d'inscrire la référence aux valeurs fondamentales de l'Union européenne dans ce texte. Eh bien, la réponse est très simple: cette référence traduit tout simplement le respect du principe de l'irréductibilité de la dignité humaine. Au siècle dernier, des millions d'Européens ont été massacrés, violés, maltraités, torturés, gazés parce que les pouvoirs politiques en place n'étaient plus en mesure de faire respecter les valeurs que nous proposons d'inscrire dans le présent règlement. Pour ceux qui croient que cela renvoie à des temps lointains qui ne pourraient plus jamais se reproduire, je vous invite à voir ce qui se passe à quelques centaines de kilomètres à l'est de ce pays et vous verrez que le problème est d'une actualité incontestable. Le «plus jamais ça», d'ailleurs, n'a de sens que si nous nous donnons les moyens que cela ne se reproduise plus et les partis politiques ont aussi un rôle essentiel à jouer dans ce cadre.

Notre collègue Raphaël Glucksmann a fait une intervention pour nous dire: «Attention, je suis alerté par la possible interférence de l'extérieur dans les travaux des partis européens». J'ai beaucoup de respect pour notre collègue parce que c'est un point de leur dans cette enceinte pour ce qui est de la défense des droits de l'homme, mais je l'invite à se poser la question, avec nous, s'il ne serait pas opportun d'oser un peu plus de démocratie, comme disait Willy Brandt à l'époque. Il faut oser un peu plus de démocratie avec les collègues qui viennent de pays qui souscrivent exactement aux mêmes valeurs que les nôtres. J'ai suffisamment d'années d'expérience sur le dos à l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe pour savoir à quel point cette coopération est salutaire.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet heute, Donnerstag, 15. September 2022, statt.

6. Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Tom Berendsen im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über die Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik (2022/2008(INI)) (A9-0214/2022).

Tom Berendsen, *Rapporteur*. – Voorzitter, collega's, als politicus, maar bovenal als vader, zie ik het als mijn plicht en mijn verantwoordelijkheid om er alles aan te doen om de wereld een stukje beter door te geven aan onze kinderen. En die opdracht lijkt vandaag groter dan ooit.

Onze manier van leven op dit stukje aarde staat onder druk. Maar ik geloof dat we het kunnen als Europese Unie, als we strategischer gaan denken, als we ons meer gaan richten op de lange termijn en als we veel beter gaan samenwerken. En dat is de kern van dit verslag.

Vandaag zet het Europees Parlement zich achter strategische en groene industriepolitiek. We moeten veel strategischer gaan nadenken in de Europese Unie. De afhankelijkheid van andere delen van de wereld op het gebied van medicijnen en medische hulpmiddelen tijdens de coronacrisis is niet in ons belang. De afhankelijkheid van Russisch gas, die afhankelijkheid die Poetin vandaag als wapen tegen ons inzet, is niet in ons belang. En de grote afhankelijkheid die wij hebben van andere delen van de wereld voor chips, batterijen en zonnepanelen, essentiële onderdelen van onze economie van de toekomst, is niet in ons belang.

Ons aandeel in de wereldwijde chipmarkt is van 25 procent naar 10 procent gegaan. 60 procent van het lithium dat we nodig hebben voor onze batterijen komt uit China. En van de top tien fabrikanten van zonnepanelen zijn er zeven Chinees en geen enkele Europees.

We zullen ook minder naïef moeten worden. Chinese scanapparatuur in onze grensbewaking, Chinese apparatuur in 5G-netwerken en cruciale technologie laten wegvloeden via joint ventures in China, dat is niet in ons belang.

En laten we met China niet dezelfde fout maken als met Rusland. Onze afhankelijkheid is te groot en die kan tegen ons gebruikt worden. We moeten onze strategische sectoren versterken.

En strategisch denken betekent ook dat onderzoek en innovatie cruciaal zijn. Zolang we dingen bedenken en ontwikkelen, waardoor de rest van de wereld ook afhankelijk is van ons, staan wij sterker – of zitten we sterker – aan de geopolitieke onderhandelingstafel, zodat ook wij kunnen krijgen wat wij nodig hebben.

Voorzitter, ik noemde naast strategisch ook groen. Vandaag geeft het Europees Parlement de boodschap af dat we onze bedrijven in Europa willen houden en dat we ze willen helpen uit te groeien tot de meest duurzame en meest concurrerende bedrijven in de wereld, zodat we in Europa op een schone manier de producten produceren die we nodig hebben in onze economie van morgen en dat we ook de banen in Europa houden. Dat betekent dat een betrouwbare overheid zorgt voor energie-infrastructuur, duurzame energie, en dat we Europese bedrijven waar nodig beschermen.

Strategische en groene industriepolitiek, samen kunnen we het. Dit verslag doet een appel op iedereen: bedrijven, overheden, kennisinstellingen en consumenten. Iedereen heeft zijn verantwoordelijkheid in ons gemeenschappelijk belang. In Europa zullen we nooit de private investeringen zien die we in de Verenigde Staten zien. We zullen ook nooit de hoeveelheid staatssteun zien die China in hun strategische sectoren investeert.

Nee, het wapen van de Europese Unie is samenwerken. We zien al voorbeelden van die kracht van Europese samenwerkingen in bijvoorbeeld CERN, Airbus, en ook in Europese regio's. In Brabant, waar ik vandaan kom, ontwikkelt Brainport Eindhoven zich tot een hightech-maakindustriespeler van wereldformaat door een nauwe samenwerking tussen bedrijven, kennisinstellingen en overheden, van strategisch belang voor Nederland en Europa.

Strategischer gaan nadenken, ons meer gaan richten op de lange termijn en beter gaan samenwerken. Alleen zo zijn we in staat om de welvaart en veiligheid op ons continent te behouden en door te geven aan de generaties die na ons komen.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, it is a pleasure to be here and exchange with you on Europe's industrial strategy. Please allow me to first thank the European Parliament for its support on the direction of the industrial strategy, and thank in particular the work of the ITRE Committee and of its rapporteur, Mr Berendsen, for a very good contribution to our industrial strategy objectives.

Enhancing resilience, accelerating green and digital transitions and strengthening Europe's open strategic autonomy are our key pillars. In the current era of perma-crisis with the pandemic, the effects of climate change, and, of course, Russia's war of aggression against Ukraine, we can say that these priorities are as valid as ever. It is why, since the May 2021 update of the industrial strategy, our toolbox has grown and our efforts accelerated.

The Russian invasion of Ukraine and current energy crisis accentuate the urgency to tackle Europe's strategic dependencies, phase out dependency on Russian fossil fuels and gas, and accelerate our clean energy transition. As you know, the Commission has proposed its latest package of emergency measures, including to support all final energy customers to counter the economic fallout on our industries, SMEs and our citizens. In parallel, we are accelerating the preparation of the European solar industry alliance announced in the EU solar strategy, which will boost domestic capacity and contribute to the faster deployment of clean energy technologies.

This is just one example of the several industrial alliances we set in place in strategic sectors such as raw materials, batteries, hydrogen, semiconductors, and zero-emission aviation to mobilise actors along the value chain. Such alliances help identify regulatory bottlenecks, mobilise investments, create synergies and build project pipelines. Here we have achieved an important progress with concrete results already. In the field of batteries, for example, with 70 major projects, including 20 gigafactories, and in recent years, an investment effort at least three times greater than that of China. In hydrogen too, with 750 projects to be deployed by 2030.

In that respect, important projects of European interest in the areas of batteries, micro-electronics and most recently hydrogen are helping to deliver on breakthrough innovation, projecting Europe on the green and digital technologies of the future.

The latest geopolitical developments have shown that there cannot be a successful green or digital transition without strengthening the resilience of our strategic supply chains. We propose new tools, such as the foreign subsidies instrument to defend a level playing field for our companies. And we are strengthening our trade defence instruments to respond to dumping and unfair competition by third countries and focused on key supply chains too. This includes critical raw materials whose supply we depend on to manufacture the technologies that enable our green and digital transition. Our needs for lithium and rare earths are growing continuously alongside our demand for batteries or wind turbines, while our supplies are so heavily concentrated in a handful of countries. We cannot afford this situation on things we so desperately need. Our partners have understood it and are stepping up their game.

We are not standing still. Our action plan in place since 2020 is bringing already tangible results. We identified strategic partnerships with our partner, Canada. We identified a pipeline of projects on rare earths and other critical raw materials with our newly created industrial alliance on raw materials. But in light of the new context, and as announced by the President yesterday, we will step up ongoing policies through a mix of actions, including a legislative proposal on critical raw materials.

Besides raw materials, the Commission put a strong focus on semiconductors. They are central to the modern digital economy. Without semiconductors, there is no digital or green transition. Over decades, Europe has under-invested in this strategic sector and become extremely dependent on other world regions. At the same time, Europe's demand for chips is expected to double within the next decade.

To overcome this extreme dependency and react to the current semiconductor shortage, the Commission proposed the Chips Act package, which, building on EU strengths, sets out a comprehensive set of measures to ensure the EU security of supply and technological leadership.

Honourable Members, I cannot conclude this brief overview of our industrial strategy without mentioning the single market. It is Europe's most valuable economic asset. The pandemic has shown that when the single market does not work, everyone pays the price – consumers, industrial services, large companies, but also the many SMEs in the supply chain. That is why the Commission continues to work to unlock the full potential of the single market, remove existing barriers and increase its resilience, and why in the coming days the College will propose to put in place a structural solution to enhance crisis preparedness and act decisively in a future crisis. The single market emergency instrument will equip the EU with a toolbox allowing for a rapid and effective response to any future crisis that threatens to hamper the functioning of the single market.

Honourable Members, the challenges to our industry are unique. As a co-legislator, you have a leading role in how we tackle them on all the files I've mentioned. But in parallel, we remain fully committed to have you on board in our co-creation, and, I will say, co-implementation method. We will stand ready to report on progress based on key performance indicators on all the areas of our industrial strategy, including transition pathways.

Angelika Winzig, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für internationalen Handel*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Energiekosten, Knappheit und steigende Energiepreise bringen unsere Industriebetriebe immer mehr in Bedrängnis, und viele von ihnen müssen schon Produktionslinien einstellen bzw. Betriebe schließen.

Unsere Strategie, unsere Neuausrichtung ist sehr positiv, aber jetzt müssen auch Taten folgen. Wir brauchen eine rasche Reduktion der Energiekosten, wir brauchen eine intensive Forschungsförderung. Es ist überflüssig, im Ausschuss zu diskutieren, ob Horizont Europa gekürzt wird oder nicht, ob es der Rat zulässt oder nicht. In Österreich haben wir eine vierzehnprozentige Forschungsprämie. Das ist die beste Unterstützung von unseren Industriebetrieben.

Es ist auch wichtig, dass wir unsere Industriebetriebe bei der Diversifizierung der Exportmärkte unterstützen. Wir wollen Abhängigkeiten vermeiden, und dazu müssen wir sie auch fördern.

Und last, but not least: schnelle Genehmigungsverfahren. Ich habe mir das angeschaut beim Kommissionsvorschlag, aber auch das wird circa drei Jahre dauern, bis wir da in die Umsetzung kommen. Wer schnell hilft, hilft doppelt. Frau Kommissarin, bitte arbeiten Sie rasch daran, dass es unseren Industriebetrieben bald besser geht, denn bei uns spricht die Industrie bereits von einem Totalversagen der Europäischen Union.

Maria da Graça Carvalho, *relatora de parecer da Comissão do Mercado Interno e da Proteção dos Consumidores*. – Senhora Presidente, Senhora Comissária, a indústria é a espinha dorsal da nossa economia. É central para construir uma autonomia estratégica aberta. Na qualidade de relatora da estratégia industrial para a Comissão IMCO, considero essencial abordar o mercado interno de forma holística, combinando o comércio, a concorrência e as políticas industriais.

A UE deve impulsionar e completar o seu mercado interno e também fortalecer o mercado interno da investigação científica e da inovação. A nossa indústria precisa de ajuda para ultrapassar a enorme lacuna de investimento quando comparado com outros competidores a nível mundial, uma lacuna de investimento em tecnologia para levar a inovação ao mercado. É preciso garantir um acesso rápido aos fundos europeus, desenvolver ações concretas para colmatar a falta de competências e tomar medidas fortes para lidar com os preços da energia, uma ameaça para muitos dos setores industriais.

Senhora Comissária, temos de ser corajosos em tempos de crise. Por isso lhe peço que introduza rapidamente uma espécie de moratória regulamentar temporária a fim de aliviar a carga burocrática sobre as indústrias, especialmente as PME.

Carlo Fidanza, *relatore per parere della commissione per i trasporti e il turismo*. – Signora Presidente, signora commissario, onorevoli colleghi, innanzitutto un ringraziamento al relatore. Era doveroso includere nella nuova strategia industriale dell'Unione il punto di vista della commissione TRAN sullo sviluppo di un comparto fondamentale per la nostra economia come il turismo, un settore che sta cercando di uscire da una situazione durissima dopo la drammatica stagione della COVID-19 e nonostante i costi in vertiginoso aumento a seguito della guerra in Ucraina.

Abbiamo ribadito il nostro rammarico per la mancanza di finanziamenti specifici per il settore nel quadro finanziario pluriennale e nel NextGenerationEU. Nel pensare questa strategia abbiamo chiarito le nostre priorità: la competitività delle imprese, la transizione digitale in un mercato senza distorsioni, la sostenibilità ambientale e l'attenzione per i territori, la necessità di creare lavoro buono e maggiormente garantito, in un settore spesso caratterizzato da forte stagionalità e da forme eccessive di precarietà.

Auspichiamo quindi che la Commissione, nell'ambito delle competenze stabilite dai trattati e in costante collaborazione con le altre istituzioni e con i portatori di interessi, aumenti la propria capacità di azione e la propria volontà di supportare un settore strategico per la crescita sostenibile della nostra industria.

Christian Ehler, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, perhaps I might express our collective hope that we also get an additional five minutes like the Commission. But anyway, Madam Commissioner, you referred to the gratefulness of the Commission for our report. That's on the one hand true, but on the other hand, what we are doing with that report is simply your job that you didn't do. And why so? Because this Parliament is united behind this report, because we had been united behind the Green Deal. And the Green Deal included 'green' and the 'deal'. And how to structure the deal was meant to be done by the industrial policy strategy. And the Commission brought forward a good idea: the ecosystems, a very specific, sector-wise perception of what is needed – technology pathways, the regulatory framework, infrastructure that differs from sector to sector. And you never delivered.

The Commission reminds us a little bit like a magician who is pulling one white rabbit out of their hat after the other. But there is no consistency. You regulate, you shoot in a certain direction, you fund and you appeal and whatsoever. But you didn't deliver on the industrial strategy. We do not have a strategy for technology pathways for the chemical industry. And in the chemical industry you could see you would like to add a REACH. We all know that the framework of the chemical industry, that kills them. That's totally inconsistent what you're doing. And we did your job. This is not an additional nice report or whatsoever. We are doing your job. So do your job now, because otherwise the transition won't work, the Green Deal won't work, and people do not believe that you have an idea or a plan how it's going to work.

Tsvetelina Penkova, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, our industrial strategy had to be updated several times in the past three years but the trends we identified at the beginning of our work have become even more visible now in the situation we are currently in. I will just underline four main things we have to focus on when we are speaking about the industrial strategy of Europe.

First of all, our main goal should be to ensure energy security of supply. This is in order to maintain the competitiveness of the whole European economy. Second, we have to take measures to normalise energy prices because our small and medium enterprises will not be able to sustain their work if the price of energy keeps on going up or even stays at the level it is now. Third, the whole of the EU must strengthen its strategic autonomy and we should start producing as much as possible of the energy we need, the goods we need and the services we need, domestically. And finally, Europe needs to invest more in research and development and innovation. We need to do our best to keep high-quality jobs and industrial production within the EU.

I am glad we managed to implement all those in the reports because our citizens and industry expect this pragmatic view from our point.

Klemen Grošelj, *v imenu skupine Renew*. – Spoštovani! Cilj preнове industrijske strategije je bila vključitev spoznanj in izkušenj, katere smo pridobili v času epidemije.

A kar imamo danes na mizi presega to osnovno ambicijo. Pred nami je dokument, ki lahko, če mu bodo sledili ustrezni konkretni ukrepi na ravni Evropske unije in držav članic, bistveno okrepi odpornost, konkurenčnost in prodornost evropskega gospodarstva ter zagotovi nadaljnjo krepitev blagostanja vseh Evropejcev in Evropejk.

Posredni cilj ostajata zeleni prehod in digitalizacija, ki znata zahtevati zelo osredotočeno in premišljeno vlaganje v ključne tehnologije. Zato so poleg vlaganj v infrastrukturo potrebna vlaganja v raziskave in razvoj, ki bodo EU zagotovila potrebno tehnološko bazo in znanja, s katerimi bomo lahko uresničili zastavljene cilje. V tem okviru je potrebno poudariti podporo malim in srednjim podjetjem, katerim moramo zagotoviti pogoje za rast in razvoj ter dostop do kapitala tehnologij.

V okviru zelenega prehoda, na to nas opozarja tudi aktualna energetska kriza, mora biti tudi cilj zanesljiva oskrba z zeleno energijo v potrebnih količinah in po sprejemljivih cenah. Saj vidimo, kakšen vpliv in posledice imajo visoke cene energije na našo družbo in gospodarstvo.

Izpostavljam tudi vprašanje surovinske odvisnosti, katero moramo preseči oziroma rešiti, preden se nam ponovi zgodba z ruskim plinom. Napoved predsednice Komisije nas navdaja z velikimi pričakovanji, a še bolj si želimo videti konkretne ukrepe. Seveda strateška partnerstva so del rešitve, a ključna vprašanja razmerja med ravno samozadostnosti iz lastnih virov in krožnega gospodarstva ter obsegom uvoza. Če povzamem, gre za dober dokument, ki pa mu morajo slediti konkretni ukrepi. Hvala lepa!

Henrike Hahn, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Die Zukunft grüner Industriepolitik soll in Europa gestaltet werden. Energiesicherheit und Energiebezahbarkeit, das ist das Thema dieser Tage für kleine und mittlere Unternehmen, für die Industrie, für Start-ups und für das Handwerk. Es geht um Wettbewerbsfähigkeit und auch ums Überleben, um viele, viele Arbeitsplätze und um das Leben vieler Menschen in Europa. Genau deshalb brauchen wir eine Strategie für die europäische Industrie, die auch langfristig funktioniert in den kommenden Jahren und Jahrzehnten. Das heißt: nachhaltig und zukunftsfähig, dabei im Sinne des Grünen Deals und eben ohne fossile und nukleare Energie.

Kernenergie in der Form von kleinen modularen Reaktoren ist nicht Bestandteil der EU-Industriestrategie geworden. Das haben wir zusammen beschlossen. In Zeiten eines Krieges in Europa, in denen ein Atomkraftwerk beschossen wird, wissen wir erst recht: Nur nachhaltige und effiziente Energieversorgung macht uns in Europa langfristig unabhängig und wettbewerbsfähig. Wir fordern Klimaschutzverträge, sprich *Carbon Contracts for Difference*, zur Unterstützung der Industrie, und auch die Versorgung der Industrie mit Batterien und Halbleitern wird für Europa entscheidend sein, siehe kommender *Chips Act*.

Wir brauchen Investitionen in die digitale Infrastruktur, und wir brauchen auch kritische Rohstoffe für den Push grüner Technologien. Aber es ist eine Illusion, anzunehmen, dass Bergbau für kritische Rohstoffe zu 100 % nachhaltig sein kann. Wir müssen deshalb zusätzlich einen funktionierenden Recyclingmarkt etablieren. Ressourceneffizienz, Forschung und Innovation werden wichtig sein für die Substitution von kritischen Rohstoffen, und das muss auch ein Gesetz zu kritischen Rohstoffen in Europa mit aufnehmen. Die Zukunft grüner Industriepolitik liegt in Europa. Deshalb: Auf geht's!

Markus Buchheit, im Namen der ID-Fraktion. – Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor genau drei Jahren war ich vor den Werkstoren der Firma Audi in meiner Heimatregion Ingolstadt und habe damals schon darauf hingewiesen, dass an die 200 000 Arbeitsplätze im Automobilbereich bei uns in Deutschland auf dem Spiel stünden, insbesondere natürlich im Zuliefererbereich.

Damals war überhaupt nicht abzusehen, dass wir heute, drei Jahre später, vor der schwersten industriellen und konjunkturellen Krise unserer Generation stehen könnten. Wir sind konfrontiert mit Kollegen wie von Frau Hahn hier, die sich ernsthaft erdreisten und sagen, Unternehmen müssten ja nicht in Insolvenz gehen, sie müssten nur aufhören zu arbeiten. Das sagt ein deutscher Wirtschaftsminister. Diese Leute setzen sich jetzt dafür ein, die Probleme, die gerade zu unserer Krise geführt haben, noch zu verschärfen.

Meine Damen und Herren, es ist logisch, und es ist sehr gut, dass wir uns darum kümmern, unsere Wertschöpfungsketten resilienter zu machen, dass wir Abhängigkeiten reduzieren wollen, dass wir auch Rohstoffe diversifizieren wollen. Das war eine Diskussion, die vor einigen Jahren auch in den USA geführt worden ist. Damals wurde hier noch gelacht. Jetzt versuchen wir uns vor genau dem gleichen Beispiel. Wir werden sehen, ob es am Schluss gelingt.

Aber die entscheidende Frage sind doch, und das haben die meisten Vorredner hier ja richtig erwähnt, die Energiepreise. Die deutsche Wirtschaft sagt eindeutig, die Energiepreise sind dadurch zu senken, dass wir uns eben breiter aufstellen in der Stromproduktion und dass wir endlich das Merit-Order-Prinzip zu Grabe tragen. Das hat hier heute noch niemand erwähnt. Wir müssen das Merit-Order-Prinzip begraben, und das ist natürlich auch ein ganz wesentlicher Bestandteil des Green Deals. Deswegen stellt sich natürlich die Frage: Hat der Green Deal überhaupt noch eine Zukunft? Ich meine, meine Damen und Herren, noch bevor wir an der Realität scheitern werden, was unweigerlich bevorsteht, sollten wir den Green Deal jetzt beenden. Wir sollten das Merit-Order-Prinzip jetzt beenden. Wir sollten uns in der Stromproduk-

tion breiter aufstellen, Technologieneutralität wahren, auch in Richtung nukleare Energie.

Grzegorz Tobiszowski, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Pani Komisarz! Chciałem podziękować panu posłowi sprawozdawcy za współpracę nad sprawozdaniem. Udało się wypracować tekst, który zdobył dość szerokie poparcie, i rozszerzyć pewne wstępne założenia. Wydaje mi się, że bardzo dobrze się stało, iż Komisja Europejska wzięła pod uwagę z naszego sprawozdania sugestie, aby podjąć działania, a przynajmniej wyrazić wolę działań na rzecz dywersyfikacji dostaw oraz zapobiegania nadmiernemu uzależnieniu europejskiej gospodarki w obszarach takich jak energia i surowce. Aktualnie ponad 66% wszystkich surowców krytycznych importowanych do Unii Europejskiej pochodzi z Chin. Szczególnie duże uzależnienie jest od metali ziem rzadkich, ponieważ aż 98% pochodzi z tego państwa, np. magnez – 93%.

Najnowsze analizy Unii Europejskiej wskazują, że zapotrzebowanie na surowce krytyczne w latach 2030-2050 wzrośnie o 180% w sektorze turbin wiatrowych – mam na myśli boran, magnez – o 220% w produkcji paneli fotowoltaicznych, w produkcji baterii o prawie 240%. Bez zdecydowanych, szybkich działań w tej materii nie będziemy w stanie przeprowadzić planowanych działań w transformacji energetycznej.

Wczoraj usłyszeliśmy z ust pani przewodniczącej Ursuli von der Leyen, że Unia Europejska będzie wspierać uniezależnienie się od dostaw państw trzecich w obszarze surowców. Mam nadzieję i myślę, że to jest wielka szansa dla Unii Europejskiej, aby te słowa stały się wytyczną do konkretnych działań.

Marc Botenga, au nom du groupe *The Left*. – Madame la Présidente, ce que je remarque, chers collègues, c'est que vous avez réussi la prouesse ce matin de parler d'industrie sans parler des travailleurs. Pourtant, ce sont les travailleurs qui créent la richesse et sans travailleurs, il n'y a simplement pas d'industrie. Mais d'ailleurs, c'est votre jour de chance parce qu'à travers l'Europe, les travailleurs, les syndicats offrent des alternatives à la politique industrielle européenne actuelle. Parce que cette politique industrielle européenne actuelle, elle fait quoi? En gros, sa philosophie, c'est de donner un maximum d'incitants, de soutiens, de subsides aux grandes multinationales en priant, en espérant qu'en échange elles investissent, elles maintiennent l'emploi, etc. Espoir souvent déçu parce que les multinationales empochent et puis ferment, elles s'en vont quand même et délocalisent au nom du marché et de la compétitivité.

Dat kan anders, collega's, laten we even naar Nederland kijken, naar IJmuiden. De fabriek van Tata Steel, waar de vakbond er dankzij een 24 dagen lange staking in geslaagd is om het bedrijf te dwingen niet alleen jobs te behouden, maar ook te investeren in de klimaattransitie door te zeggen: «We gaan bijvoorbeeld kool vervangen door groene waterstof voor de productie van ijzer en staal.» Goed voor het klimaat, goed voor de jobs én voor de toekomst van de industrie in Europa. En dat soort voorbeelden zijn er in heel Europa. Het gaat om krachtverhoudingen.

Alors plutôt qu'à chaque fois céder aux caprices du patronat qui ne pense qu'à inonder de milliards ses actionnaires, plutôt que de vendre pour politique industrielle ce qui est en réalité une politique de subsides du grand patronat, essayons de prendre ça en main publiquement et sérieusement et reprenons les rênes de la politique industrielle en Europe.

András Gyürk (NI). – Elnök Asszony! Az európai ipar súlyos válságban van. Leálló gyárak, veszélyben lévő kisvállalkozások, megszüntő munkahelyek. Az ok világos: a háborúra adott elhibázott válasz, vagyis a brüsszeli szankciók miatt elszálló energiaárak. A szankciókra építő politika mára zsákutcába jutott. A katasztrófa elkerüléséhez ezért most mindenekelőtt a szankciók eltörlésére van szükség. Ezen túlmenően Brüsszelnek sürgős pénzügyi és technikai támogatást kell nyújtania az ipari vállalatoknak. A válság idejére megfontolandó továbbá a zöld célok folyamatos emelésének szüneteltetése.

Végül pedig fel kell függeszteni a vállalatok szén-dioxid-kibocsátását megadóztató ETS-rendszert is. Tisztelt Ház, a feladatunk nem kevesebb, mint hogy megvédjük az európai ipart az összeomlástól. Az előttünk lévő jelentés a helyes irányba tesz egy lépést, ezért azt javaslom, hogy támogassuk.

Angelika Niebler (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst ein herzliches Dankeschön an unseren Berichterstatter Tom Berendsen, der einen exzellenten Bericht zur Industriestrategie für Europa vorgelegt hat und der vor allen Dingen auch ganz klar in dem Bericht formulierte, dass das, was wir machen müssen, ist, Wertschöpfung in Europa zu erhalten. Unsere ganze Industriepolitik muss darauf ausgerichtet sein, dass wir die Arbeitsplätze hier vor Ort sichern. Er hat zu Recht formuliert – und zwei Dinge möchte ich jetzt in meiner kurzen Rede hervorheben –, dass wir vor allen Dingen die dramatischen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die europäische Industrie bei dem, was wir auch auf europäischer Ebene jetzt machen können, berücksichtigen müssen.

Und da kann ich nur sagen: Das Wichtigste ist, dass wir unsere Betriebe und unsere Unternehmen entlasten, entlasten, entlasten, wegkommen von vielen bürokratischen Auflagen, die die Betriebe momentan zu schultern haben. Unsere Betriebe kämpfen ums Überleben, Insolvenzen sind an der Tagesordnung, Produktionen werden zurückgefahren. Wir müssen entlasten, wo wir nur entlasten können, und unterstützen, auch mit Blick auf eine Senkung der Stromsteuern, der horrenden Preise, die auch mit Blick auf Rohstoffbeschaffung, mit Blick auf Energieversorgung da sind. Das muss das Gebot der Stunde sein.

Ich begrüße, dass die Kommission gestern angekündigt hat, dass sie in die Richtung auch arbeiten wird, dass wir uns vor allen Dingen auch resilienter machen müssen und in der Europäischen Union diversifizieren müssen. Das muss auch das Ziel unserer Außenpolitik sein, dass wir hier auch Zugang zu seltenen Rohstoffen hier organisieren. Das ist unsere Aufgabe in der Europäischen Union.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, io penso che da questa relazione del Parlamento, e ringrazio il collega relatore e i relatori ombra che hanno lavorato, nascono molte buone indicazioni che la Commissione deve raccogliere con tempestività e con convinzione. Sono indicazioni che si collegano molto bene a tutti i contenuti di politica industriale enunciati ieri dalla Presidente von der Leyen.

Quello che a me sembra importante, anche per l'esperienza degli anni scorsi, quando la Commissione faticava a trovare una strada di politica industriale, è che oggi si cerchi di fare qualcosa di molto integrato, di molto connesso tra le diverse parti, altrimenti faremo tante buone politiche settoriali – è questo il rischio oggi della Commissione – ma non coglieremo gli effetti di sinergia che ci possono essere.

Faccio solo dei brevissimi esempi. Se facciamo una politica di sostenibilità e di cambiamento climatico molto avanzata, dobbiamo fare una politica industriale coerente: i pannelli, le batterie e tutto quello che serve per realizzare quella politica.

Se facciamo dell'innovazione, dobbiamo farla a vantaggio dei nostri obiettivi di politica industriale: i fondi per la ricerca, i fondi per il Consiglio europeo per l'innovazione.

Infine, il tema della politica commerciale, come è stato detto, ma anche quello della concorrenza: se dobbiamo attrarre investimenti significativi anche da fuori Europa, penso ai *chip*, ecc., non dobbiamo poi avere una concorrenza che segua ancora le vecchie idee della politica di concorrenza. Quindi, sinergia e tempestività!

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamnă președintă, Uniunea Europeană are nevoie de o industrie puternică, este vital pentru economia noastră și m-am bucurat, doamnă comisară Jourová, să aud ieri, în discursul doamnei Președinte a Comisiei Europene, Ursula von der Leyen, că ne putem aștepta la o susținere mult mai puternică a acestui domeniu care a contribuit la prestigiul Europei în lume.

Sigur, trebuie să facem schimbări majore, așa încât modul de a produce să nu sporească poluarea și chiar, acolo unde este posibil, să absoarbă din aer gazele cu efect de seră. Industria noastră trebuie să fie deschisă spre inovație, iar cercetarea trebuie să fie sprijinită în mod foarte serios și constant.

În același timp, este nevoie să sprijinim industriile tradiționale ale Europei, să le acordăm ajutorul de care au nevoie pentru a se putea adapta noilor exigențe. Și nu sunt puține aceste exigențe. În efortul nostru de a ajunge la zero emisii nete, trebuie să avem de partea noastră industria și pe toți cetățenii europeni.

În același timp, trebuie să ne asigurăm că nu impunem industriei europene restricții care o vor face neperformantă și necompetitivă pe piața mondială. Uniunea Europeană are nevoie de industrie performantă, ecologică și competitivă.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiama Pirmininke, gerbiama Komisijos nare, kolegos, pramonės strategija turi teikti pirmenybę aprūpinimui maistu, vaistais ir medicinos priemonėmis. Europos pramonės strategija turi padėti mums tapti visiškai nepriklausomais nuo Putino šantažo, bandymų ir kartu užtikrinti tvarų Europos pramonės ir įmonių konkurencingumą. Mums būtina panaikinti Europos Sąjungos energetinę priklausomybę nuo Rusijos, nuo iškastinio kuro, todėl Sąjunga ir valstybės narės privalo didinti energijos taupymą ir plėtoti energijos vartojimo efektyvumo priemones. Galiausiai turime užtikrinti pramonės pertvarkos socialinį teisingumą ir parengti tinkamas priemones, kad būtų remiama regionų pramonės pertvarka, vykdančios investicijų projektus ir pažeidžiamų regionų, ypač kaimo vietovių, atokių vietovių pramonės struktūros pertvarkymo planus.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Deindustrializacja jest zmurą Europy. Firmy przenoszą produkcję poza kraje Unii Europejskiej i nikogo to nie cieszy. Dobrze, że Parlament w tym sprawozdaniu wzywa do tworzenia miejsc pracy, zapewnienia konkurencyjności i wspierania przełomowych technologii.

Problem polega na tym, że w siedzibie Komisji Europejskiej pod jednym dachem pracują ci, którzy próbują jakoś wspierać europejskiego producenta, i ci, którzy wymierzają mu bolesne ciosy, nakładają kolejne ciężary nie do udźwignięcia. Jestem przekonana, że ci ludzie nawet jedzą razem lunch. Jest to rodzaj instytucjonalnej schizofrenii, która niestety dotyka bezpośrednio filary europejskiej gospodarki.

Unia Europejska zrozumiała w końcu, że musi zmniejszyć swoją zależność od rosyjskiego gazu i ropy. Trzeba było do tego wojny w Ukrainie. Maksymalne wykorzystanie własnych zasobów, również takich jak węgiel i atom, to jedyne logiczne rozwiązanie w obecnej sytuacji geopolitycznej. Mówiła tutaj już o tym pani poseł Penkova z S&D. Dyskryminacja lub otwarte odrzucenie tych źródeł energii to kolejny historyczny błąd, a nieuchronna ucieczka przemyślu będzie tylko jednym z jego skutków.

Sandra Pereira (The Left). – Senhora Presidente, em países como Portugal assistimos há décadas à destruição do aparelho produtivo e à acentuação do despovoamento e da desertificação de vastas zonas do país, sacrificando as bases indispensáveis a um verdadeiro processo de desenvolvimento económico e social.

O impacto profundamente assimétrico de políticas comuns da União Europeia nos Estados confirma a necessidade de recuperação da soberania nacional em domínios como a indústria, a agricultura, as pescas ou o comércio, mas também a energia.

A atualização da estratégia industrial que hoje discutimos não traz nada de novo. Carece, desde logo, de uma avaliação dos processos de desindustrialização, cujas causas são, em certos países como Portugal, indissociáveis desses fatores. Não refere os efeitos nefastos da deslocalização de unidades industriais para países terceiros, da redução de salários ou dos ataques aos direitos dos trabalhadores. Mantém a lógica da competitividade e do intocável mercado único. Continua a defender que a inovação e as atividades de investigação e desenvolvimento devem estar ao serviço dos grandes grupos económicos, em vez de estarem alinhadas com a estratégia de desenvolvimento de cada país.

Enquanto se cortam fundos na política de coesão são reforçados os financiamentos diretos e indiretos à indústria e à investigação militares para a União Europeia, afirmando a sua natureza militarista, manter o seu projeto de formação do Exército Europeu, servindo a estratégia da NATO e dos Estados Unidos da América.

Defendemos uma estratégia que valorize a produção nacional e o aproveitamento das potencialidades do país para a criação do emprego com direitos e da valorização dos trabalhadores, o combate à dependência externa e a afirmação de uma via soberana de desenvolvimento.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, civilizacija kakvu znamo izdignula se iz 18. stoljeća industrijskom revolucijom i temelji se na fosilnim gorivima i struji. Nekada je 90 % ljudi radilo u poljoprivredi odnosno 90 ljudi je trebalo proizvesti hranu da bi 100 ljudi imalo za jesti. Danas je to obrnuto. Danas nam u poljoprivredi radi otprilike 10 % radne snage.

Da bi poljoprivrednik proizveo, osim za sebe i svoju obitelj, i za druge, potreban mu je, dakle, traktor ili mehanizacija koja se radi od čelika za koji trebamo ili ugljen, znači, ili plin. Zatim trebaju umjetna gnojiva od plina, treba mu da se taj traktor kreće nafta, pesticidi koji se uvelike proizvode od fosilnih goriva i na tome je narasla proizvodnja hrane koju znamo. I sada zbog ovih sankcija i prekidanja energetske veze nestaje ta jeftina i lako dostupna energija i cijeli taj sustav se urušava. Brojne kompanije, recimo proizvođači umjetnih gnojiva, već reduciraju proizvodnju.

Svi mi želimo bolje, čišće, zdravije alternative, ali one još nisu spremne. Ne postoji poljoprivredna mehanizacija na vodik ili na struju, još neko vrijeme neće postojati. Ako nastavimo ovim putem, putem deindustrijalizacije, Europu čeka teško siromaštvo. Prema tome, potreban je zaokret!

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, kolegice i kolege, kao rezultat nerijetko pogrešnih industrijskih politika iz prošlosti, Europska unija predugo se oslanjala na međunarodne partnere kada su u pitanju proizvodnja ključne opreme i opskrba sirovinama. Trend premještanja proizvodnih kapaciteta u treće države, koji se godinama potencirao, vratio nam se kao bumerang i to usred pandemije neviđenih razmjera i otkriva nam sve slabosti industrijske politike.

Stoga je važno da nova industrijska politika, popraćena snažnim ulaganjem u znanost i inovacije, bude u službi jačanja jedinstvenog tržišta i izgradnje strateški autonomne Europske unije u kojoj su mala i srednja poduzeća nositelji razvoja.

Nažalost, još uvijek nismo ostvarili cilj ulaganja u istraživanje i razvoj od 3 % BDP-a i zato pozivamo na dodatni angažman da bismo Europu učinili konkurentnijom. Uz to, važno je kontinuirano raditi na smanjenju administrativnih opterećenja u području industrije, a fleksibilnijim pravilima o državnim potporama omogućiti našim poduzećima veću konkurentnost na globalnom tržištu.

Samo industrijski snažna Europa može građanima zajamčiti europski način života.

Marc Angel (S&D). – Madam President, dear Commissioner, dear colleagues, first of all, let me thank the rapporteur Mr Berendsen but also the IMCO rapporteur, Ms Carvalho, and colleagues in IMCO for the good cooperation we had.

I am glad that the European Parliament will call for developing a more resilient, sustainable and also efficient single market that can better tackle supply disruptions on critical products such as food or pharmaceuticals. A resilient single market prevents over-dependency in energy and raw materials. For the Socialists and Democrats Group, it is also important that we call for an ambitious single market emergency instrument to ensure the resilience of the single market in a time of crisis. At the same time, I also have to underline that this should not undermine the effort to improve the single market in non-crisis contexts.

We also underline the need to accelerate the green and the digital transition and we highlight the importance of public procurement which reflects economic, social and environmental considerations to support the twin transition.

And finally, of course, we did not forget to mention the importance of investing in innovation, research and development, and to address the skills mismatch, gender gap and precarious working conditions.

Christophe Grudler (Renew). – Madame la Présidente, pendant trop longtemps, nous avons négligé notre industrie européenne et nous avons observé sans rien faire la migration de nos entreprises vers des pays lointains. Beaucoup de nos concitoyens reprochent à l'Europe d'avoir laissé faire cela et pire encore, de l'avoir encouragé.

Madame la Commissaire, il était temps de se saisir de ce problème de perte de souveraineté européenne industrielle et qui a fortement handicapé notre continent, pendant la crise du coronavirus. Il est temps d'aller plus loin dans la réduction de nos dépendances stratégiques.

Certaines actions de la Commission vont dans le bon sens, notamment en ce qui concerne les semi-conducteurs ou l'énergie, surtout à l'heure où notre industrie commence à ralentir sa production pour économiser l'énergie. Mais il faut aller plus vite et plus fort et surtout débloquer davantage de fonds, avec des crédits spécifiques, dans la future révision du cadre financier pluriannuel. Enfin, nous pourrions vérifier, pour toute nouvelle loi, qu'elle ne renforce pas nos dépendances et qu'elle renforce bel et bien notre industrie, si indispensable à l'avenir de nos concitoyens.

Pernille Weiss (PPE). – Fru formand! Når nu årets State of the Union-tale ikke med et eneste ord nævner industripolitikken, så må vi jo gøre det, og derfor er det godt, at vi nu står med et bredt og solidt tæppe af anbefalinger til, hvordan EU udvikler og vedligeholder vores økonomiske muskel. Musklen, som skal gøre os i stand til at gøre alt det gode og uundværlige for hinanden og næste generation som klimaet, naturen, undervisningen af vores børn og unge, sociale sikkerhedsnet, freden og friheden, som aldrig må mangle ressourcer, fordi vi ikke har passet vores økonomiske muskel. Betænkningens chefforhandler understreger vigtigheden af samarbejdet med offentlige og private virksomheder. Og i betænkningen står der en hel del omkring forskning og innovation. Alle er afgørende ingredienser. Det er også et regulatorisk pusterum for lovgivning, som mine kolleger også har nævnt i deres taler. Men der er endnu ingen, der har nævnt patentrettighederne, IP-rettighederne. Opfindere, iværksættere virksomheder smider astronomiske beløb ind i at udvikle ideer, som de aldrig aner, om nogensinde bliver til noget. Det kan ikke nytte noget, at IP-rettighederne i EU er dårligere end hos vores globale konkurrenter. Så hvis nu Kommissionen skal starte et godt sted, på det I nu får med vores industristrategi, så tag fat i IP-rettighederne. Dem må vi ikke udvande.

Robert Hajšel (S&D). – Pani predsedajúca, pani komisárka, už od pandémie koronavírusu a teraz od ruskej invázie na Ukrajinu hovoríme o nevyhnutnosti posilňovania našej strategickej autonómie v priemyselnej politike a celkovej odolnosti našej ekonomiky. A to, či už s využitím plánov obnovy alebo ďalších európskych fondov. Naša strategická autonómia sa musí opierať o konkurencieschopnú priemyselnú základňu, veľké investície do výskumu a inovácií a hlavne do kľúčových dodávateľských reťazcov, najmä pokiaľ ide o kriticky dôležité suroviny.

Dochádza ale k istému búraniu súčasného modelu dodávateľských reťazcov. Predstava, že Európa ešte môže stále lacno vyrábať v Číne, všetko si dovážať na svoje územie a na svojom území mať len čistý priemysel, jednoducho skrachovala. Navyše, my nemôžeme od energetickej závislosti od Ruska prechádzať potom na surovinovú závislosť od Číny. Ak si chceme zachovať nezávislosť, energeticкую bezpečnosť a sebestačnosť, musíme využiť všetky dostupné suroviny na našom území. Samozrejme, za predpokladu využitia najmodernejších technológií a postupov šetrných k životnému prostrediu.

Európa zaspala vo vlastnej ilúzii obchodnej diplomacie. Celosvetové dodávky čipov od automobilového priemyslu závisia od Taiwanu. Pokiaľ ide o dodávky vzácnych kovov, tu tento trh ovláda Čína.

Treba, aby Komisia ďalej pracovala na zozname strategických surovín a takisto treba pokračovať v budovaní rôznych aliancií s partnermi a so všetkými aktérmi zainteresovanými v danej oblasti, čiže baterková aliancia a spomínané ďalšie aliancie, ktoré sa budujú v oblasti surovín alebo aj využitia solárnej energie a vodíka.

(Rečník súhlasil, že bude reagovať na vystúpenie po zdvihnutí modrej karty.)

Bogdan Rzońca (ECR), wystąpienie zasygnalizowane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Chciałem zapytać Pana krótko: kto temu wszystkiemu jest winien? No bo słyszę tu od dwóch godzin lament, że gospodarka się wali, że ktoś coś przespał, że mamy wojnę, putininflację, że zmierzamy w stronę recesji, że mamy ogromne bezrobocie. Słyszę, że w Hiszpanii jest w tej chwili trzydziestosiedmioprocentowe bezrobocie wśród ludzi między 18 a 24 rokiem życia. Może Pan by mi powiedział, kto do takiej sytuacji doprowadził, bo po prostu chyba jacyś winni gdzieś są?

Robert Hajšel (S&D), blue-card reply. – Thank you very much for the question. I think that there is no, I would say, clear, absolute answer to your question. I think that we are not here to judge and to blame someone. I think that also the European Union has taken in the past some really politically motivated decisions which were not correct. I would maybe – and I don't want to blame anyone, I repeat – but some decisions also taken, for example, in Germany some years ago, when all the cards have been put to the gas imported from Russia, was not a good solution.

And also on the EU level, we can also testify about the decisions which were not very correct, but maybe there was some goodwill and kind of naivety.

Valter Flego (Renew). – Poštovana predsjedavajuća, dobar vam dan povjerenice, kolegice i kolege, za preživjeti danas moramo se svi znati brzo prilagoditi. To vrijedi posebice za našu industriju u ovom turbulentnom razdoblju.

Da smo o ovoj istoj temi pričali ovdje prije tri godine na današnji dan, sasvim sigurno ključne riječi bile bi zeleno i digitalno. I inzistirali smo na tome, i neka jesmo, i dalje hoćemo. Ali, naravno, nakon ove strašne krize s koronom, s ovim nesretnim ratom, mislim da treba još više inzistirati na partnerstvu europskog javnog i privatnog sektora – partnerstvu i suradnji. Tu prije svega mislim na pomoć i oko cijene energije i oko opskrbnih lanaca i oko nabavke rijetkih materijala, obrazovane i stručne radne snage i tako dalje, i tako dalje.

Zbog toga, dakle, smatram i mislim da je upravo to partnerstvo javnog i privatnog sektora ključna riječ koja mora dominirati europskom industrijskom strategijom ako želimo, a vjerujem da želimo svi skupa da europska, ja bih rekao 4.0 industrija, bude uspješna, bude konkurentna, bude održiva na globalnom tržištu.

(Govornik je pristao odgovoriti na intervenciju zatraženu podizanjem plave kartice)

Tomislav Sokol (PPE), intervencija zatražena podizanjem plave kartice. – Hvala lijepa. Kolega Flego, spomenuli ste važnost jačanja konkurentnosti europske industrije, pogotovo na globalnom tržištu.

Moje pitanje je smatrate li da jače oslanjanje na nuklearnu energiju, kao jedan jeftin i čist izvor energije, može podići konkurentnost europske industrije u odnosu na globalne konkurente? Hvala.

Valter Flego (Renew), odgovor na intervenciju zatraženu podizanjem plave kartice. – Ako možete, molim vas, ponoviti samo zadnju rečenicu? Nisam čuo. Oprostite.

Tomislav Sokol (PPE), intervencija zatražena podizanjem plave kartice. – Mislite li da se Europska unija treba jače oslanjati na nuklearnu energiju kako bi njena poduzeća bila konkurentnija na globalnom tržištu?

Valter Flego (Renew), odgovor na intervenciju zatraženu podizanjem plave kartice. – Hvala na ovom konkretnom pitanju. Da, odgovor je da.

Mislim da se treba više oslanjati na nuklearnu energiju, na svoje pogone, na stratešku autonomiju u svim segmentima, a posebice na energiju. Da. Naravno, uz najveće sigurnosne standarde.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidente, es evidente la necesidad de reindustrialización de Europa. La pandemia lo dejó patente, todavía más en el contexto de la guerra de Ucrania. Nuestra dependencia nos hace vulnerables. Necesitamos la industria para generar prosperidad y puestos de trabajo. Pero la realidad es que en España — también Alemania, Italia y Francia— el tejido industrial está desapareciendo. Se ven obligados al cierre o se marchan a terceros países porque aquí se les ahoga con más y más legislaciones, como las climáticas, que les dejan completamente fuera de juego.

Porque, por delante de esta estrategia industrial, tan necesaria, se plantean otras incompatibles, como el Pacto Verde, a la que siguen dando prioridad, sin piedad, sin flexibilidad. ¿Por qué no escuchan? Hay soluciones. Es necesario acompañar los planes a las situaciones, a la madurez de las tecnologías. El empeño en seguir adelante con los objetivos medioambientales demuestra que la dicha de las personas y de los ciudadanos europeos no son su preocupación.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Madam President, thank you for this rich discussion that is a demonstration of Parliament's attachment to our industrial base and a recognition of industry's role in our policy objectives. And I think that the debate also showed that we have to continue the exchange with Parliament on how to best support our industry, ensure its competitiveness in a difficult economic and geopolitical context, and foster a partnership with industrial stakeholders in pursuit of our commonly agreed policy objectives.

I will be that short because I was criticised for being too long at the beginning, so now I will stop here and just let me shortly greet the representatives of the Czech Patchwork Club, which is part of the textile industry.

President. – That's very interesting.

I want to explain why only one catch-the-eye was awarded. It was because we do not want to encourage the behaviour that those who ask for catch-the-eye do not attend the plenary during the debate, so Ms Grapini I am sorry but this is my decision.

Maria Grapini (S&D). – Sorry, I was here at 9.00. I was on the phone but stayed here. I was the first person in Parliament.

President. – But did you attend this debate? That is the question. Well you can write to the President if you want, but this is my decision.

7. Zusammensetzung des Parlaments

Puhemies. – Haluan tässä vaiheessa antaa ilmoituksen: parlamentti toteaa työjärjestyksen mukaisesti, että sen johdosta, että Jytte Guteland on valittu Ruotsin parlamentin jäseneksi, hänen edustajantoimensa vapautuu 26. syyskuuta 2022 alkaen.

8. Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik (Fortsetzung der Aussprache)

Puhemies. – Jatkamme nyt keskustelua Tom Berendsenin mietinnöstä (A9-0214/2022).

Tom Berendsen, rapporteur. – Madam President, my thanks to colleagues for the debate and I also want to thank the shadow rapporteurs of the other Groups for the intense discussions we had. But in the end, we found each other. We have a broad majority for the call for a clean, competitive and resilient European industry, and that we need to be more strategic. And there are some clear messages in our reports to the Commission.

There cannot be a Green Deal without industry policy. If we want to deliver on the growth strategy that the Green Deal promised, we need industry policy, and the clear message we have for the Commission is, come forward with the transition pathways of the industrial ecosystems. Give us the pathways that show what is needed in the sectors for the energy transition, for remaining competitive, for what kind of breakthrough technologies are needed, how the regulatory burden on the ecosystems is.

And we really call on the Commission to come to Parliament with these pathways and then have also an annual debate on where we are on these pathways so that we can monitor where we are with the sectors, because industry policy, in the end, is also about adapting measures that seem to work or seem not to work and making sure that we act swiftly, that our European industry will become more resilient, it will become more competitive on the pathway we have.

So for us, as Parliament, this report is not necessarily an end of the process after reacting to your various industry strategies. We need to stop updating the industry strategy all the time. We need to have an annual debate on the pathways of our ecosystems. For us, this is not the end of the process, it's the start of cooperation between us and you to make sure that our industry will thrive, that we achieve the goals we set in the Green Deal but that we do that with a competitive and clean and resilient industry.

So thank you very much, I'm looking forward to the cooperation.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt. Äänestys toimitetaan tänään torstaina 15. syyskuuta 2022.

9. Lage der Europäischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (SME Union) (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana komission julkilausuma pk-yritysten tilanteesta unionissa (2022/2823(RSP)).

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Madam President, this week's State of the Union by President von der Leyen took place against the context of the war in Ukraine, soaring energy prices, inflation and supply chain bottlenecks. These are prime concerns for our SMEs and I therefore welcome your initiative to hold a debate on the state of the EU's SMEs during the same plenary session.

Our SMEs need a lifeline in these unprecedented times. Yesterday, President von der Leyen announced that the Commission will put forward an SME relief package, including a proposal for a single set of tax rules for doing business in Europe. We will also combat late payments by revising the Late Payment Directive.

Let me also say a few words on our ongoing action on three issues that are key for SMEs: access to finance, regulatory burden and capacity for green and digital transition.

Given the exceptional challenges, we are ensuring that the funding we will provide can deliver most impact for SMEs. Among such funding, the single market programme will provide EUR 1 billion for SMEs' support. It pools key activities such as the Enterprise Europe Network, the joint cluster initiative and Erasmus for Young Entrepreneurs. The programme also proved flexible to meet evolving needs, such as the support to Ukrainian SMEs to help them integrate into the single market.

We helped, setting up the supply chain resilience platform for companies in the EU or Ukraine to retrain, restructure or replace existing supply chains to keep production going, because our single market is a formidable level for expansion and a safety net for EU business, but also for our partners.

Our flagship investment programme, InvestEU, will help SMEs access loans and equity, including tackling solvency risks. InvestEU will also support SMEs that are going public or intend to do so. This will attract additional private investments to help SMEs scale up and grow.

Now coming to SMEs business environment. Entrepreneurs will tell you and tell us that they need legislation to be clear, easy to implement and avoid disproportionate costs. We have committed ourselves to removing red tape and lowering costs without compromising policy objectives. Better regulation remains a key priority for the Commission. Under the direction of my colleague, Vice-President Maroš Šefčovič, we are assessing impacts on SMEs and we are reviewing legislation as the Fit for Future platform and we are filtering initiatives regarding their relevance for SMEs. And we need your help as the co-legislator to keep burdens as low as possible.

Finally, the transition to a more sustainable way of doing business, the implementation of the Green Deal and digitalisation of SMEs. This requires a joint effort. To advise and support the SMEs in green transition we introduced the sustainability advisers provided through the new Enterprise Europe Network. The transition pathways we just discussed in the previous debate will for each industrial ecosystem identify specific constraints faced by small businesses via a set of semi-specific questions.

On the digital transition, the digital Europe programme supports SMEs with access to technical expertise and testing, including the possibility to 'test before invest' via European digital innovation hubs. It also helps SMEs' employees to become proficient in areas such as artificial intelligence, cybersecurity or blockchain.

Together, that is with you and the Council, we can make sure that the twin transitions move forward with the minimum burden and costs on SMEs. It is our collective responsibility.

With that, Madam President, honourable Members, I come to the end of my statement. Let us all go back to work for Europe's SMEs, which diligently deliver so that Europe can become more resilient.

Henna Virkkunen, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, Madam Commissioner, dear colleagues, small and medium-sized enterprises are the backbone of the European economy. But right now, their situation is alarming. The fallout from the COVID pandemic and the war in Ukraine, together with increasing administrative burdens, means that the situation for SMEs is only getting worse. Simply put, our SMEs are not getting the support they need. This is why we need a dedicated SME envoy in the Commission to defend SMEs and make sure that all new legislation is SME-friendly. We also need to implement the one-in, one-out principle like the Commission has promised many times, so that SMEs are not overburdened by new rules and regulations that would hinder their growth and innovation.

It's regrettable that the Commission has dragged its feet for so long in this matter. While I also welcome President von der Leyen's proposed SME relief package, it is simply not enough. It is the time for the Commission to bring forward a comprehensive SME package that addresses these issues. Strong SMEs are key for new innovations, economic growth and the green transition in Europe. Now the Commission must get to work and act for our European SMEs.

Patrizia Toia, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, signora commissaria, onorevoli colleghi, io penso che in questo momento di grande crisi economica e anche del sistema produttivo, noi dobbiamo davvero mettere, al di là di ogni retorica, di ogni frase fatta che ripetiamo in continuazione, come priorità l'aiuto, il sostegno, l'attenzione, il calibramento delle nostre scelte a misura delle PMI.

Non bastano i grandi campioni, che pure ci vogliono in Europa, le medie imprese: è questa ossatura diffusa che dobbiamo coinvolgere e sostenere e dobbiamo farlo anche con l'aiuto delle grandi imprese. Le imprese virtuose coinvolgono nella loro catena, fatta dai fornitori, da coloro cui appaltano i lavori, eccetera, tutto questo mondo nei loro processi positivi di innovazione, di ricerca di nuove soluzioni, insomma, di qualità e riescono a trascinare tutta la catena in questo salto di qualità che fa. Ecco, favoriamo questo processo.

E poi per le piccole e medie imprese lo sappiamo benissimo quali sono le cose prioritarie: il costo dell'energia, troviamo un modo – la Presidente ieri ha fatto qualche accenno: dobbiamo essere più tempestivi, più pertinenti, non solo parole, ma qualche atto veramente concreto per il tema dell'energia per le piccole e medie imprese – il tema della formazione del personale, che manca, il ritardo dei pagamenti.

Ecco, io penso che anche qui trovate qualche cosa di drastico, di forte che aiuti gli Stati membri a non essere inadempienti perché gli Stati membri sono inadempienti. La direttiva non è attuata e quindi credo che sia davvero il momento di essere operativi: poche parole e qualche fatto per le PMI.

Martina Dlabajová, *za skupinu Renew*. – Paní předsedající, vážená paní komisařko, uplynul rok a setkáváme se tu podruhé, abychom se společně vážně zabývali tím, co trápí malé a střední podniky. Když jsem vystupovala při první debatě o MSP, přála jsem si, aby se stala tradicí. Mé přání, můj sen, za kterým jsme jako Renew Europe vytrvale šli, se konečně splnil. Podnikatelé ale nejsou z říše snů. Bohužel žijí v tvrdé realitě. Realitou je i to, že naše ekonomika se bez nich neobejde. Jsou jejím základem, jsou její budoucností, dávají práci milionům lidí, vytváří ty pravé hodnoty a mají stále velký nerozvinutý potenciál. Zaslouží si nejen naši pozornost, ale i péči a férové zacházení. Za prvé, vždy musíme zohledňovat jejich potřeby. Paní komisařko, je nepřipustné, aby z Komise přicházely návrhy, u kterých nikdo netuší, jaký budou mít dopad na malé a střední podniky. Za druhé, pokud má nová legislativa zahrnovat i tyto firmy, prosím, dbejme na to, aby nebyly odštěpeny od příležitostí. Postarejme se o to, aby jim nové předpisy nezkomplikovaly život a zajistíme, aby měly dost času se jim přizpůsobit. Za třetí, pomáhejme, radme, sdílejme příklady dobré praxe. V dnešní situaci o to naléhavěji.

Hlavním úkolem je teď pomoc podnikatelům vyčerpaným po COVID-19 překonat energetickou krizi. Stačí si zalistovat novým *Annual report on European SMEs*, kde je to černé na bílém. I když se ekonomika pomalu zotavuje po pandemii, stále více a více firem zavírá své provozy a propouští kvůli cenám energií. Pokud jsme dříve volali po tom, aby malé a střední podniky měly lepší přístup k financování, znaly svá práva a možnosti a věděly, jak dosáhnout na nabízenou podporu, nyní je to otázka doslova života a smrti, bohužel jejich.

Chci věřit, že pomohou návrhy, které včera zazněly z úst předsedkyně Komise. Komise konečně vzala na vědomí existenci malých a středních podniků a snad nezůstane jen u slov. Až se tu za rok opět sejdem, věřím, že budeme dál. Tradice debaty o malých a středních podnicích nebude prázdná a nebudeme si už vysvětlovat, proč je klíčová, je totiž o nás všech a o naší budoucnosti.

Jordi Solé, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Madam Commissioner, yesterday's announcement by President von der Leyen on the establishment of an SME relief package is very welcome. SMEs are suffering the consequences of the war in Ukraine with difficulties in access to raw materials, to certain agricultural products and with the increase in energy prices. All this happens after the huge impact of the pandemic, from which many SMEs were only starting to recover. The measures under the upcoming package should be defined together with the representatives of SMEs and should deliver as soon as possible: there is no time to waste.

And another great difficulty that SMEs are facing is, as has been mentioned, late payments. And this is not a consequence of the war, but a systemic problem that has only been worsened by the current situation. For this reason, I very much encourage the Commission to come up with an ambitious revision of the Late Payment Directive that strengthens the compliance mechanism and introduces an effective system of sanctions.

Dominique Bilde, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je ne peux que me réjouir de vous entendre enfin aborder le sujet de nos PME. Plus de 60 % d'entre elles avaient déjà signalé leurs difficultés suite à la crise sanitaire. Et alors qu'elles tentent désormais de remonter la pente, voilà qu'elles doivent faire face à la crise causée par la hausse du coût de la vie. Il est plus qu'urgent de s'intéresser à leur sort.

Dans son discours d'hier sur l'Union, Ursula von der Leyen a présenté ses idées, que vous avez reprises aujourd'hui. On ne peut bien sûr qu'être d'accord avec vous sur ce point. Nos PME méritent un environnement propice à leur développement, une main-d'œuvre qualifiée et des sources d'approvisionnement en matières premières fiables.

Pourtant, votre réponse à ces préoccupations est tristement pavlovienne. Créer de nouveaux fonds payés directement ou indirectement par les États membres et établir des traités de libre-échange alors que nous sommes en position de faiblesse pour négocier. En même temps, pourquoi changer une équipe qui perd? À votre constat, vous ajoutez les habituels objectifs de durabilité et de transition censés tout résoudre. Ça aussi, ça devient tristement systématique. Pourtant, quand l'UE discute de la mise en place d'un fonds social pour le climat, censé justement aider à réduire les effets négatifs de cette transition écologique forcée, elle exclut les PME. Apparemment, il vaut mieux soutenir les chômeurs que les employeurs.

Ce que je remarque finalement, c'est qu'il n'y a pas grand-chose dans votre discours sur des solutions à court terme. À l'instant T, ce qui préoccupe nos PME, c'est de savoir s'il vaut mieux réduire le carnet de commandes, passer au chômage technique ou fermer purement et simplement. Ce que nous aimerions savoir, Madame la Commissaire, c'est ce qui va être proposé aux États membres pour les aider à soutenir leurs PME. Sur ça, je vous trouve un peu silencieuse.

Il est plus que temps que nos décideurs politiques prennent leurs responsabilités et les bonnes décisions. Le plafonnement du prix du gaz est une bonne chose, mais ce n'est pas suffisant. Il faut faire plus pour soutenir ces entreprises qui sont la colonne vertébrale de notre économie. Derrière vos belles paroles d'aujourd'hui, Madame la Commissaire, nous attendons donc de voir vos actes, en espérant qu'ils aient plus de succès que vos récentes décisions. La survie de notre économie en dépend.

Kosma Złotowski, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Wszyscy się zgadzamy, że małe i średnie firmy są szkieletem europejskiej gospodarki prawie we wszystkich sektorach – także w obszarze cyfryzacji, o czym często zapominamy, mając na myśli te wielkie firmy. To również ogromna rzesza firm rodzinnych, które zasługują na szczególną uwagę z naszej strony.

Niestety, mimo deklaracji, które możemy często usłyszeć na tej sali, sytuacja małych i średnich przedsiębiorstw po pandemii, a także w obliczu rosnących cen energii stale się pogarsza. Ponadto ich aktywność na jednolitym rynku ograniczają zbędne bariery pozataryfowe i protekcjonizm, zwłaszcza jeśli chodzi o firmy transportowe czy przedsiębiorstwa oferujące drobne usługi. Wielu przedsiębiorców nie radzi sobie z piętrzącą się biurokracją oraz zbyt skomplikowanym mechanizmem pozyskiwania funduszy europejskich, co uniemożliwia im szybkie dostosowywanie się do wymagań gospodarki cyfrowej.

Projektując nowe przepisy, musimy zwracać większą uwagę na te kwestie. Małe i średnie przedsiębiorstwa będą tworzyć innowacyjne produkty i usługi, jeśli stworzymy im odpowiednie warunki. Pracując nad AI Act czy Data Act, powinniśmy o tym szczególnie pamiętać i ograniczyć do minimum wymagania administracyjne dla małych i średnich firm i wynikające z tego koszty.

Sandra Pereira, em nome do Grupo The Left. – Senhora Presidente, a situação das micro, pequenas e médias empresas em Portugal caracteriza-se por uma grande instabilidade e fragilidade, com encerramentos e redução de atividade compulsivos sem os devidos apoios na sequência dos impactos da pandemia. Muitos ainda não tinham recuperado plenamente a atividade económica e começaram a sentir novas dificuldades decorrentes do aumento dos custos de produção, do impacto da situação internacional e da espiral inflacionária, principalmente na energia e nos combustíveis.

O custo da energia em determinados setores é o que mais pesa nos custos das micro, pequenas e médias empresas, e o aumento de preços especulativos dos combustíveis no gás e na eletricidade poderá pôr em causa a continuação da atividade de algumas destas empresas.

Enquanto os lucros especulativos das transnacionais energéticas continuam intocáveis, as soluções para as micro, pequenas e médias empresas são vazias. Defendemos a regulação das tarifas do setor energético, para além de um fundo de apoio à tesouraria, como medidas urgentes. E reafirmamos que o aumento dos salários, sobre os quais ontem e hoje nada se disse, é decisivo para a dinamização da atividade económica, com impacto positivo nas micro, pequenas e médias empresas.

Enikő Győri (NI). – Elnök Asszony! Örömteli, hogy von der Leyen asszony tegnap kiemelte a kkv-k jelentőségét, s bejelentett számos új, őket érintő intézkedést. De Biztos Asszony, a lényegről kellene beszélni, arról, hogy az energiaárak annyira elszálltak, hogy sok kkv kénytelen lesz bezárni. Nem csak a termelő üzemek, hanem a pár fős mikrovállalkozások is, mint amilyen mondjuk egy cukrászda, ahol a négyzteres áramárat nem lehet kitermelni, mert nincs, aki megvegyen négyezer annyiért egy szelet süteményt.

Volt nekünk már kkv-törvényünk, kkv-szűrőnk, nem hoztak áttörést. Közben pedig újabb és újabb magatartási kódexekkel, jelentési kötelezettségekkel, sőt nyomozati tevékenységgel terheljük őket. S akkor még nem beszéltünk a zöld és digitális átállás költségeiről. Az elhibázott szankciós politika a családokon túl a kkv-kat sújtja a legjobban. Az európai kormányok eltérő teherbíró képessége egyenlőtlen helyzetet teremt az Unió tagállamai között. Előjöhettek Önök újabb csodás javaslatokkal, csak addigra már nem lesz kinek. A szankciós és az energiapolitikában kellene minden késlekedés nélkül rendet vágni, mert a vállalkozók nem Putyinnak fogják benyújtani a számlát, ahogy von der Leyen asszony kérte tegnap, hanem Brüsszelnek.

Jens Gieseke (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ich heute vortrage, habe ich bereits in zahlreichen Reden oder Schreiben an die Kommission vorgebracht: keine Belastungen für den Mittelstand! An meinen Forderungen hat sich nichts geändert, an den ausweichenden Antworten der Kommission leider auch nicht.

Zwar hat Frau von der Leyen gestern ein Hilfspaket angekündigt, viele unserer zentralen Anliegen ignoriert die Kommission aber weiterhin. Es gibt leider keine Umsetzung. Seit über drei Jahren warten wir auf die Benennung des KMU-Beauftragten – leider bisher nicht geschehen. Eigentlich sollte das One-in-one-out-Prinzip gelten, praktisch aber gilt: zwei neue Rechtsvorschriften rein, eine raus. Bis 2030 droht sogar: fünf rein, eine raus. Das geht so nicht!

Einer Unternehmerin mit fünf Supermärkten in meiner Region drohen im nächsten Jahr Strommehrkosten in Höhe von einer Million Euro. Und auf diese Sorgen packt die EU weitere Vorgaben: die Nachhaltigkeitsberichterstattung, die Lieferketten-Richtlinie, neue REACH-Verschärfungen oder die absurden Vorgaben zu Pflanzenschutzmitteln. Produktion einschränken in einer Nahrungsmittelkrise – ich kann das niemandem erklären. Diese Bürokratie und diese Regeln nehmen dem Mittelstand die Luft zum Atmen – das geht so nicht!

Aus den vagen Ankündigungen müssen jetzt endlich Handlungen werden. Wir brauchen echte Entlastungen, sonst sehe ich schwarz. Sonst gibt es bald keine Bäcker, keine Landwirte und keine Metallbauer mehr. Wir brauchen ein Belastungsmoratorium für den Mittelstand – jetzt!

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, llevamos tiempo debatiendo sobre las dificultades que las personas, y también las pymes, tienen que afrontar en este convulso contexto en el que desarrollan su actividad, especialmente con el alza de precios y la falta de suministros básicos o de mano de obra en algunos sectores, así como la competencia con el mayor poder de mercado y la mayor capacidad de deslocalizar que tienen las grandes empresas.

Y es que las pymes no solamente son las grandes creadoras de empleo, sino de un empleo y de una riqueza que se fija en el territorio, y es por eso que son esenciales para la cohesión social, y es por eso que tenemos que apoyarlas, especialmente en este contexto; sobre todo, porque estamos inmersos en estas transiciones gemelas, transiciones digital y verde, que necesitan de innovación, y las pymes necesitan especialmente nuestra ayuda para que esa sostenibilidad realmente llegue a todo el tejido empresarial.

Por ello, para los socialistas y demócratas ha sido muy bienvenido el anuncio de la presidenta Von der Leyen sobre el paquete de medidas de ayuda a las pymes que presentó durante su discurso del estado de la Unión. En este sentido, apelo a la Comisión a que nos informe de manera más detallada al Parlamento y nos diga cuáles son las condiciones de esas medidas y, sobre todo, que nos tenga en cuenta para su desarrollo, de tal manera que puedan llegar esas ayudas y estas condiciones a las pymes que más lo necesitan lo más pronto posible.

Nicola Danti (Renew). – Signora Presidente, signora commissaria, onorevoli colleghi, ci riempiamo la bocca ormai da anni della necessità di tutelare e preservare le PMI europee, che costituiscono il patrimonio essenziale per la nostra economia: piccole e medie imprese per le quali la crisi energetica odierna, l'inflazione rischiano di essere letali, soprattutto dopo i contraccolpi subiti a causa della pandemia.

Dobbiamo, allora, agire su due elementi: il primo, dare risposte urgenti sui prezzi dell'energia e, in questo senso, accogliamo con favore le recenti proposte sugli interventi emergenziali da mettere in campo nei prossimi mesi; il secondo, lavorare per un quadro normativo sempre più favorevole, che riduca gli oneri amministrativi e semplifichi le procedure burocratiche.

Ieri abbiamo ascoltato le parole della Presidente Von der Leyen sulle proposte in arrivo per le PMI: bene, ma facciamo presto! Dobbiamo attrarre le imprese, non spingerle a delocalizzare, e far sì che il rispetto degli alti standard lavorativi e ambientali diventi un valore aggiunto e non una minaccia alla loro sopravvivenza.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Zunächst vielen Dank an die Kommissionspräsidentin, dass sie sich in ihrer Rede gestern an die kleinen Unternehmen gewandt hat. Ja, wir begrüßen die Finanzierungsinitiative mit der EIB, und wir unterstützen natürlich auch den Vorschlag für einheitliche Steuervorschriften.

Meine Damen und Herren, das ist aber im Moment nicht das Problem. Das Ganze dann Entlastungspaket zu nennen, das ist Schönfärberei. Die Bürokratie erstickt den Mittelstand – ja, auch bei der Steuergesetzgebung. Unser Problem ist der Business-as-usual-Aktionismus der Kommission in einer Krise. Uns wurde 2019 das One-in-one-out-Prinzip versprochen. 2021 gab es 2 207 Rechtsakte von der Kommission, 1 087 wurden aufgehoben. Wenn ich richtig rechne, ist das *two in, one out*. Herr Gieseke hat es gesagt: 2030 sind wir bei *five in, one out*.

Frau Kommissarin, Sie erdrücken die Unternehmen, mit denen Sie doch die Energiewende gestalten wollen. Krieg, Energiekrise, Pandemie – und Sie kommen mit Agrarbürokratie, Lieferkette, CSRD, REACH, Entgelttransparenz und so weiter. Die KMU möchten nicht noch mehr Brüsseler Berichtswesen für alles, was sich gut anhört. Nein, wir wollen Lösungen bei den Energiepreisen, wir wollen KMU- und Forschungsprogramme, wir wollen Wasserstoff-Start-ups fördern und sie nicht mit Auflagen erdrücken. Wir fordern ein Bürokratiemoratorium. Wir fordern ein Instrument für *Single Reporting*, in dem Sie alle Berichtspflichten zusammenfassen und dem Mittelstand eine einzige Anlaufstelle bieten, bitte angesiedelt direkt bei der Kommissionspräsidentin, wie auch den *SME-Envoy*, den es immer noch nicht gibt nach drei Jahren. Sorry, Frau Kommissarin, aber der Mittelstand fühlt sich nicht mehr vertreten.

Tsvetelina Penkova (S&D). – Madam President, dear Commissioner, dear colleagues, the SME sector accounts for the majority of businesses in Europe. It employs more than 100 million Europeans and represents more than 50% of the EU's gross domestic product. However, the pandemic hit the sector, as every other sector in our economy was highly affected. High energy costs and lack of materials are posing a great danger to the ability of the SME sector to recover. High prices for energy, high prices for commodities, the shortage of supply, the imbalances in the transport services are putting the SMEs on the brink of survival.

Thus we need targeted policies towards the cost management and the measures to improve the energy market prices. The SME relief package and the foreseen revision of the Late Payment Directive that was just announced yesterday in this room are crucial and a step in the right direction. So we have to ensure their quick implementation.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, SMEs are the backbone of the economy, we say, but they are also the backbone of social cohesion across the Union. They support our communities right throughout Member States and they are under significant pressure. And when we talk about regulations, red tape, the unwinding of all of these barriers, the most immediate challenge, Commissioner, is the lack of access to credit to address what is going to be a major crunch in the next couple of weeks and months with escalating energy prices.

We are going to see an awful lot of small and medium-sized businesses go to the wall if they can't access working capital and short-term credit to facilitate the extraordinarily high energy bills that will land on their desks in the next couple of weeks. In Ireland alone, some companies, or some small and medium-sized businesses, are experiencing a threefold increase in their energy bills alone. And it is a very, very worrying aspect for most of them.

So I would urge the Commission in doing all the other things, the Late Payments Directive, but the immediate issue is to ensure that they have access to credit to address what will be a major cash flow crisis in the short and medium term.

Markus Ferber (PPE). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Europäische Union ist Heimat von 25 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen, die 99 % aller Unternehmen ausmachen, 100 Millionen Arbeitsplätze schaffen, dezentrale Wertschöpfungsketten und Ausbildungsplätze für die junge Generation. Kurzum: Die kleinen und mittleren Betriebe bilden das Rückgrat unserer europäischen Wirtschaft. Ob als Start-up, als Kleinstunternehmer, als generationsübergreifender Familienbetrieb – der Mittelstand ist der Motor für Innovation, für Spezialisierung, für Wachstum und, wie auch in meinem Wahlkreis, Heimat von vielen sogenannten *hidden champions*.

Doch gerade das Rückgrat unserer Wirtschaft, der Mittelstand, hat hart zu kämpfen: Finanzkrise, Coronakrise, Klimakrise, Energiekrise, Lebenskostenkrise, Personalnotstand, Inflation – um nur ein paar Dinge zu benennen. Für Stabilität und Wachstum aus dieser Krise sind unsere kleinen und mittleren Unternehmen der Schlüssel zum Erfolg, so wurde es ja auch gestern von der Kommissionspräsidentin unterstrichen. Im selben Zug ist ein Entlastungspaket angekündigt worden, einschließlich einer Steuerreform. Aber wir brauchen nicht blumige Überschriften und Ankündigungen. Wir brauchen spürbare Entlastungen und Lösungen, wie jetzt auch kurzfristig unsere Unternehmen über den Winter kommen.

Um es klar zu sagen: Eine Körperschaftsteuerreform hilft den KMU in Europa überhaupt nicht. Die meisten sind gar nicht körperschaftsteuerpflichtig. Die KMU-Strategie aus dem Jahr 2020 hat keine Wirkung entfaltet – anstelle von Entlastungen mehr Bürokratie, anstelle von Marktwirtschaft mehr Planwirtschaft. Kein KMU-Beauftragter, das One-in-one-out-Prinzip wird mit Füßen getreten. Das ist eine schreckliche Bilanz. Die grüne Transformation, der Weg aus der Krise geht nur mit unseren KMU. Bitte handeln Sie jetzt endlich!

Adriana Maldonado López (S&D). – Señora Presidenta, señora comisaria, estamos ante un debate —yo me atrevería a decir— importante y, además, urgente, porque los datos hablan por sí solos en la Unión Europea. Las pymes representan más de dos tercios del tejido productivo y de empleo en la Unión Europea y representan el 99 % del tejido de la Unión Europea. Por lo tanto, dan empleo en una gran mayoría de la Unión Europea y, encima, ese empleo es de gran calidad normalmente, fija población en los territorios y, por lo tanto, el reto que tiene la Unión Europea es dar respuestas.

Estamos muchos grupos políticos de acuerdo en el diagnóstico, pero yo creo que también es momento de dar respuestas. Y es cierto que ayer la presidenta de la Comisión, en el debate sobre el estado de la Unión, hacía alusión a ciertas medidas para poner en valor y ayudar a las pymes en momentos tan difíciles como estos en los que nos encontramos. Pero, miren, el último informe de la digitalización de la Unión Europea dice que las pymes en la Unión Europea están mucho menos digitalizadas que las grandes empresas, los costes de la energía cada vez son mayores y los impagos cada vez son más grandes y más prolongados. Por lo tanto, es momento de dar respuestas concretas.

Y mi pregunta a la Comisión es: ¿para cuándo vamos a tener una respuesta coordinada para las pequeñas y medianas empresas? ¿Cómo vamos a facilitar esa atracción de talento para la Unión Europea? Y, sobre todo, ¿cómo vamos a ayudarles a esa digitalización homogénea en todos los países de la Unión?

Sandro Gozi (Renew). – Madame la Présidente, c'est devenu un mantra en Europe: «Think small first». Combien de fois avons-nous rappelé que les PME sont le socle de notre économie. Et puis il y a une réalité, très dure: hier le COVID, aujourd'hui la crise énergétique, une réalité qui requiert de nouvelles actions. C'est la raison pour laquelle nous, Renew Europe, nous avons voulu ce débat à l'initiative de Martina Dlabajová, que je veux remercier au nom de mon groupe. C'est le moment de «Act small first»: face aux crises, un plan de soutien aux PME et pour notre autonomie stratégique en tant qu'Européens est absolument prioritaire.

Je salue aussi l'engagement de la Commission de revoir la directive sur les retards de paiement. C'est un scandale intolérable qui ne peut plus durer. Faire faillite à cause des retards des administrations publiques est totalement inacceptable, encore plus en temps de crise. Une réforme s'impose avec urgence pour rendre justice à nos entrepreneurs. Enfin, avec les transitions écologique et numérique, nous devons clarifier ce qu'on attend des PME, faire des choix clairs, efficaces, cohérents et adaptés à nos entrepreneurs.

Ivan Štefanec (PPE). – Pani predsedajúca, v posledných troch rokoch čelia malé podniky naozaj ťažkým skúškam. Najskôr to bola pandémia a potom prerušenie dodávateľsko-odberateľských vzťahov, rast cien. Teraz rast cien energií spôsobený predovšetkým zločineckou ruskou inváziou na Ukrajinu.

Tá situácia nie je jednoduchá, ako vieme, malé podniky zamestnávajú najviac pracovníkov a tvoria najviac pracovných miest. Teda pomoc malým podnikom je pomoc celej ekonomiky. Najmä po pandémii tie priority sa sústreďovali na zlepšenie prístupu ku kapitálu, na zníženie administratívnej záťaže, na zlepšenie kvality pracovných síl. Ale dnes pomoc malým podnikom sa musí sústrediť predovšetkým na zníženie cien energií.

Preto veľmi oceňujem to, čo povedala z tohto miesta pani predsedníčka Komisie práve včera, keď oznámila SME package a keď sa venovala cenám energie. To je to, čo teraz potrebujeme riešiť práve pre zlepšenie situácie malých podnikov. A potrebujeme to riešiť naozaj rýchlo. Oddelenie ceny plynu od ceny energií, možné zastropovanie cien plynu a takisto presun, redistribúcia tých mimoriadnych ziskov od firiem energetických práve k tým, čo to potrebujú. A to sú aj malé podniky. Potrebujeme tiež riešiť ich likviditu, znižovať administratívnu záťaž a nesmieme zabúdať takisto na dokončenie spoločného trhu, najmä v oblasti služieb. Dokončenie digitálneho trhu a vybudovanie skutočnej kapitálovej únie.

Pomoc malým podnikom. To je naozaj pomoc občanom, pomoc rodinám takže vďaka všetkým, ktorí tak konáte.

Isabel Benjumea Benjumea (PPE). – Señora presidenta, señora comisaria, hoy estamos recordando que en Europa existen más de 24 millones de pymes que emplean a más de 100 millones de europeos: no debemos olvidar que no hay mejor política social que la creación de empleo, pero son precisamente esos 24 millones de pymes los que han venido sufriendo las consecuencias de las crisis de los últimos quince años y, aun así, han sido capaces de seguir sacando adelante su negocio. En los últimos años han recibido el gran golpe que supuso el cierre a causa de la COVID-19, y también la gran crisis de inflación y de suministros provocada por la invasión rusa en Ucrania.

La Unión Europea puso en marcha un instrumento maravilloso que son los fondos Next Generation EU, un instrumento que lo que permitía, lo que buscaba, era inyectar liquidez y transformar nuestra economía para hacerla más competitiva y ayudar precisamente a las pymes y a aquellos que crean trabajo a salir adelante, pero la gran pregunta es dónde están estos fondos; dónde están los fondos para las pymes, para la digitalización, para formar a sus trabajadores, para ayudarlas a aumentar sus exportaciones, para lograr dar forma a nuevos servicios que puedan dar lugar a nuevas líneas de negocio; dónde están estos fondos.

Y lo pregunto precisamente porque la Unión ya ha comunicado que ha transferido a los Estados miembros 100 000 millones de euros de los 800 000 millones de los fondos Next Generation, y la realidad es que estos fondos no están llegando a las pymes, no están llegando al tejido productivo, no están llegando a la economía real. Y yo le pregunto a la Comisión qué va a hacer; qué va a hacer para asegurarse de que los fondos llegan, llegan rápido, llegan a los que los necesitan, y cómo va a exigirle a los Estados miembros que hagan públicos los datos reales de ejecución: porque sin datos no hay transparencia, y sin transparencia hay muy dudosa ejecución.

Angelika Winzig (PPE). – Frau Präsidentin! Als Unternehmerin kann ich Ihnen sagen, dass sich seit der letzten KMU-Diskussion in diesem Haus einerseits alles, andererseits nichts bewegt hat. Nichts, weil die Rahmenbedingungen der KMU nicht besser geworden sind, und alles, weil die Wucht des Krieges unsere KMU mit voller Wucht getroffen hat. Sie dürfen nicht vergessen, unsere KMU sind noch geschwächt von der COVID-Pandemie, und sie müssen sich derzeit mit Problemen bei Finanzierungen, bei Lieferketten und mit Personalmangel auseinandersetzen, darüber hinaus mit zunehmenden bürokratischen Auflagen. Und das größte Problem sind die enormen Preissteigerungen für sie.

Ja, ich begrüße auch das KMU-Paket der Kommission. Aber trotzdem: Wir müssen jetzt rasch handeln, dass wir diese Preissteigerungen in den Griff bekommen. Frau Kommissarin, ich muss wirklich sagen, aus Sicht der KMU: Es ist wirklich fünf vor zwölf!

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Deirdre Clune (PPE). – Madam President, SMEs are the backbone, and it's a term that we've used, but they actually are the backbone in our cities, towns and villages in all our communities, and it shouldn't be overlooked, the vital role that they also provide in services to the large firms and multinationals in our sectors as well, and to their employees. They're a really important part of our industrial and our commercial ecosystem. We all know them. They are the businesses that are innovative, that are flexible, that are responding to the needs of the communities and the markets where they operate.

These businesses, many of them family businesses, have come through a very difficult time following COVID. They did receive support in my country through wage subsidies, COVID loans, grants, rate reliefs, but now at this time, they are facing a very difficult situation, a challenging situation where many of them may have to cease trading. And that is in light of the energy situation, the large bills that they are facing and the uncertainty around that.

So they need help. They need support, they need direct support, and they also need support in accessing funding. And there'll be many calls on how we can support small businesses throughout Europe. One I would call for is digitalisation. That is so important, particularly to access our single market. We need to have more emphasis on digitalisation in this area.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, doamnă comisară, din 2014, de când sunt aici, aud cât de importante sunt IMM-urile. Ce strategie să avem pentru IMM-uri ? Iată acum din nou vorbiți de starea IMM-urilor. Ați vorbit de lipsa de acces la finanțare, de foarte mare birocrație, asta le discutăm. Eu sunt vicepreședinta Intergrupului pentru IMM-uri și vicepreședintă pentru piața internă, dar nu se întâmplă nimic.

Ce a spus doamna Ursula, doamnă președintă, ieri, a mers ca un glonț în presa din țara mea. Cum să ne trimită la Putin cu facturile? Ce atitudine de Președintă de Comisie este, în loc să spună precis cum să facem să ieftin acest preț, cum să facem să demontăm acea piață fictivă din Olanda, încât IMM-urile să nu plătească aceste facturi enorme?

Și da, să știți că IMM-urile s-au săturat de vorbe și doresc fapte. Nu cred în ceea ce ați spus astăzi, pentru că s-a dovedit că, de fiecare dată, doar am vorbit și nu s-a întâmplat nimic și de aceea vă propun direct, doamnă comisară, dacă vreți să sprijiniți IMM-urile, nu pasați mingea de la statele membre la Uniunea Europeană.

Dați, faceți un mecanism acum de acces direct la Uniunea Europeană, la un buget al Uniunii Europene pentru IMM-uri. Nu le mai treceți prin 17 birocrații.

Susanna Ceccardi (ID). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, le piccole e medie imprese sono l'arteria fondamentale dell'Europa e anche dell'Italia: pensate che in Italia sono il 92 % del totale delle imprese operanti e danno lavoro all'82 % dei lavoratori italiani.

Io sono stata a visitare alcune piccole e medie imprese la settimana scorsa, in Toscana, nel settore del calzaturiero, a Santa Maria a Monte: pensate che il 70 % è destinato alle esportazioni. E cosa chiedono queste imprese? Queste imprese chiedono chiaramente di essere aiutate sulle bollette, che adesso hanno dei costi esorbitanti che incidono molto sul loro bilancio; chiedono di essere aiutate nell'accesso al credito, perché le banche spesso non finanziano nemmeno imprese solide e quindi non hanno la possibilità di investire.

Però qui non bisogna fare dell'ideologia, perché due giorni fa questo Parlamento ha votato la strategia sulla deforestazione. Giustissimo: ma tra quei prodotti che secondo il Parlamento incentivano la deforestazione ci sono i pellami, che invece sono un prodotto di scarto e quindi aiutano quell'economia circolare che l'Europa dovrebbe assolutamente aiutare.

E allora, non facciamo dell'ipocrisia e soprattutto, quando votiamo i provvedimenti, votiamoli senza ideologia, perché le imprese e le piccole e medie imprese europee non possono morire di burocrazia.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Madam President, honourable Members, thank you very much for this debate. I am really thankful for the fact that we still have in fresh memory what Ursula von der Leyen said here in this place yesterday. I would like to refer to that because I agree with those of you who said something like bad times cannot be cured by nice words only. We are not only speaking, we are planning and we are doing very concrete things, short term and longer term. And the President spoke about almost all of the current problems.

First of all, short term: the data is clear. SMEs are under extreme pressure already after COVID and now with the war with extremely high energy prices and inflation. We have obligation to help them, short term. And I think that Ursula von der Leyen was very clear by presenting the solutions which should help in this current very critical situation.

She also spoke very clearly – although not in detail – about the medium-term and longer-term measures. First of all, the SME relief package. What she had in mind was securing cash flow. That is why she announced the Commission to revise the Late Payment Directive. Then simplifying doing business in the single market. We will make a proposal for a single set of tax rules for doing business in Europe called BEFIT. And third, we need to look into skills and access to finance. It also resonated here in this debate that the access to finance should be much easier. I am always upset when I see that the rules for financing are extremely complicated. And honestly, I see more complications added by the Member States than in the original proposals of the EU. And then, OK so what is the solution for that? So let's pay, from taxpayers' money, the advisers to help. Why don't we simplify? It would be much cheaper. So I think that these are the things we have to focus on.

On behalf of the Commission, I want to say something on regulatory burden, because indeed we are now applying the one-in, one-out. We are assessing whether the new legislation is bringing new obligations and new burdens. And we are looking into the older legislation which should be amended at least to balance it or decrease the burdens. And it goes slowly but surely. And I can tell you, it requires a lot of vigilance, because in every new proposal, we have to test the impact and we are testing the impact on the SMEs and we try to apply the test of proportionality and necessity.

But at the same time I have to say that throughout the legislative process I see the lack of this vigilance. What I see are invisible small steps which are adding more and more burdens on SMEs. And I think that it requires the vigilance of all of us that we have to say from time to time, let's stop this madness, we don't need this and that reporting from the companies around 10 employees or 20 employees. And I could give you very concrete examples, but due to the time shortage I will not do that. But it requires a proactive approach and proactive vigilance against this small, invisible process of adding the burdens. I would call it 'killing me softly', with reference to a famous song. We must be very much more active not to let this happen further.

In my previous job I was the Minister of Regional Development. I spoke to many SMEs about the situation. Almost all of them were complaining about bureaucracy and regulatory burdens, and when I asked them as the Minister, what can I do for you? The answer was, very often, 'forget that we exist, do not do anything for us. Just let us do the business. Give us clear and simple rules. That's it. That's all we need.' If we do not do that, we will keep biting the hand which is feeding us because we heard many times here the data which show that SMEs are the biggest employers in the EU.

So what I call, on behalf of the Commission, we try to do that, but also I call on the co-legislators to remain vigilant and to always do the test of proportionality and necessity whenever we are adopting new legislation.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

(Istunto keskeytettiin klo 11.55)

VORSITZ: EVELYN REGNER

Vizepräsidentin

10. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 12.01 Uhr wieder aufgenommen.)

Die Präsidentin. – Sehr geehrte Abgeordnete, ich möchte in aller Kürze für eine Minute der längstdienenden Abgeordneten dieses Hauses, Frau Constanze Krehl, das Wort geben.

Constanze Krehl (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich zu verabschieden – nach fast 32 Jahren, die ich in diesem Hause arbeiten durfte für die europäische Idee.

Als eine der ersten, die von hinter dem Eisernen Vorhang in dieses Parlament gekommen sind, ist es jetzt Zeit, mich zu verabschieden. Ich möchte mich bei Ihnen allen bedanken, bei allen, die mich über eine kürzere oder längere Zeit auf diesem Weg begleitet haben, bei den Kolleginnen und Kollegen, bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bei der Verwaltung, bei allen, die geholfen haben, dass diese europäische Idee am Laufen bleibt, bei den Diensten, bei denen, die im Restaurant arbeiten, die für die Sauberkeit der Büros zuständig sind, die uns von A nach B fahren, die Reisen organisieren, bei allen – ganz herzlichen Dank! Die Dolmetscherinnen und Dolmetscher vor allen Dingen nicht zu vergessen!

Ich werde das Parlament verlassen, aber die europäische Idee in meinem Herzen weitertragen. Ich wünsche Ihnen allen viel Erfolg bei dieser Arbeit.

Die Präsidentin. – Dankeschön und alles Gute!

11. Abstimmungsstunde

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Abstimmung.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll.)

- 11.1. Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Zwangsverschleppung ukrainischer Zivilisten nach Russland und der Zwangsadoption ukrainischer Kinder in Russland (RC-B9-0388/2022, B9-0388/2022, B9-0390/2022, B9-0399/2022, B9-0402/2022, B9-0407/2022) (Abstimmung)**
- 11.2. Menschenrechtsverletzungen in Uganda und Tansania im Zusammenhang mit Investitionen in Projekte zur Nutzung fossiler Brennstoffe (B9-0385/2022, B9-0408/2022, RC-B9-0409/2022, B9-0409/2022, B9-0410/2022, B9-0411/2022, B9-0412/2022) (Abstimmung)**
- *Vor der Abstimmung:*
- Tomáš Zdechovský (PPE).** – Paní předsedající, vážení kolegové, děkuji za slovo podle článku 195. Rád bych upozornil na článek 144 jednacího řádu, který z mého pohledu byl porušen. Podle tohoto pravidla bych chtěl říct, že po hodinách vyjednávání mezi všemi našimi frakcemi došlo ke shodě a že došlo k tomu, že jsme našli kompromisní text o Tanzanii a Ugandě a tento text jednoznačně říká a popisuje situaci dle faktů. Chtěl bych říct, že na konci jsou podepsány pod touto rezolucí pouze dvě frakce, což je z mého pohledu velké překvapení. Rád bych řekl, že já sám budu pro tuto rezoluci hlasovat, a chci vás všechny vyzvat, abyste udělali totéž.
- 11.3. Nicaragua, insbesondere die Verhaftung von Bischof Ronaldo Álvarez (RC-B9-0383/2022, B9-0383/2022, B9-0386/2022, B9-0387/2022, B9-0395/2022, B9-0397/2022, B9-0401/2022) (Abstimmung)**
- 11.4. Makrofinanzhilfe für die Ukraine (C9-0303/2022)**
- 11.5. Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn (A9-0217/2022 - Gwendoline Delbos-Corfield) (Abstimmung)**
- 11.6. Die Lage der Grundrechte in der Europäischen Union 2020 und 2021 (A9-0224/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)**
- 11.7. Achter Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU (A9-0210/2022 - Constanze Krehl) (Abstimmung)**
- 11.8. Grenzregionen in der EU: Reallabors der europäischen Integration (A9-0222/2022 - Younous Omarjee) (Abstimmung)**
- 11.9. Statut und Finanzierung europäischer politischer Parteien und europäischer politischer Stiftungen (A9-0223/2022 - Rainer Wieland, Charles Goerens) (Abstimmung)**

— *Nach der Abstimmung über den Vorschlag der Kommission:*

Charles Goerens (Renew). – Madame la Présidente. Ce que je vais vous dire maintenant n'a rien de très original, mais cela consiste tout simplement à recourir à la formule d'usage pour demander à nos collègues de renvoyer le dossier en commission pour initier des négociations interinstitutionnelles. Ceci est conforme à notre règlement intérieur, tel que prévu dans son article 59, paragraphe quatre.

(Das Parlament nimmt den Antrag auf Rücküberweisung an den Ausschuss an.)

11.10. Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik (A9-0214/2022 - Tom Berendsen) (Abstimmung)

11.11. Die Auswirkungen von Dürre, Bränden und anderen extremen Wetterereignissen: verstärkte Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels (RC-B9-0384/2022, B9-0384/2022, B9-0391/2022, B9-0393/2022, B9-0403/2022, B9-0404/2022, B9-0405/2022) (Abstimmung)

11.12. Die Lage in der Taiwanstraße (RC-B9-0389/2022, B9-0389/2022, B9-0392/2022, B9-0394/2022, B9-0396/2022, B9-0398/2022, B9-0400/2022) (Abstimmung)

Die Präsidentin. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

(Die Sitzung wird um 12.47 Uhr unterbrochen.)

PŘESEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

12. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 15.00)

13. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

President. – The minutes of yesterday's sitting and the texts adopted are available. Are there any comments?

As that is not the case, the minutes are approved.

14. Umweltkatastrophe in der Oder (Aussprache)

President. – The next item is the Commission statement on the ecological disaster in the Oder River (2022/2824(RSP)).

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Madam President, honourable Members, thank you for putting this issue on today's agenda. Like you, we were deeply concerned about the reports of a massive death of fish, birds, beavers, mussels and other organisms in the Oder river. Since anglers found the first dead fish in late July, as much as 200 tonnes have been removed on both the Polish and German side.

The Commission has been following the situation very closely. As soon as we received the first reports about the disaster in mid-August, Commissioner Sinkevičius spoke with the two environment ministers in Germany and Poland to express the Commission's concerns, to better understand the situation and to offer our support.

The Commission's Emergency Response Coordination Centre requested an additional analysis from our Joint Research Centre and reached out to operational points of contact in Poland and Germany, both from the civil protection and the marine pollution authorities to plan in advance a possible technical and operational support if needed.

Now that the immediate crisis has been contained and authorities have managed to the extent possible to control the situation, it is important that authorities and citizens understand exactly what happened. Unfortunately, today we do not have yet complete clarity. Several causes have been suggested.

Most evidence now seems to point into the direction of the sudden growth of an algae which produced a toxic metabolic product that killed fish and many other forms of life in the river. The algae could grow thanks to warm, slow or still water, and crucially, the presence of high levels of salt. Where this salt would have come from is still an unanswered question.

We must thus, first of all, establish with certainty what happened and why. The Polish and German authorities are working closely together to get clarity as quickly and completely as possible. Politicians, authorities, NGOs, media and citizens from many countries understandably reacted strongly to the sight of large numbers of fish floating in the river. Rightly, they were wondering whether, had warning signals been given on time, this could have been at least better contained and whether such an event could happen again in the Oder or elsewhere in Europe.

I think all these questions must be answered. We need to learn lessons from what happened. Firstly, we need to improve the way in which neighbouring countries alert each other and the European Commission in such sudden accidents, with a view to acting fast to prevent or at least mitigate the problem whilst urgently warning those concerned.

Secondly, we need to establish with clarity what went wrong. We should uphold the polluter-pays principle and establish if a concrete activity can be linked to the pollution.

Finally, we need to understand whether, and if so, to what extent, the state of the river and/or the specific climate and hydrological circumstances played a role. This is a most difficult issue and takes us beyond the specific case. Many rivers in Europe are, like the Oder, heavily modified to suit inland navigation, industry or energy production.

All rivers in Europe are increasingly subject to climate change. It is very important that Member States consider the risks that rivers run. Rivers can play an important economic role, but there are limits to what their ecology can handle. With less water and lower flows during part of the year, Member States should take all this into consideration when taking decisions related to economic activities on or along their rivers.

We take this incident very seriously and the Commission will keep the situation under review. EU law applies: EU water law, nature law, law on industrial pollution and on environmental liability are all potentially relevant.

Depending on what turns out to have triggered the events, we will ensure it is applied in full to this case and for the future. We are ready to support the most concerned countries and have offered expert assistance and information on potential EU co-funding instruments, ranging from short-term emergency support to longer term river restoration support. And we will keep this House informed about any developments in this case.

Bartosz Arłukowicz, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Komisarz! To, co się wydarzyło na Odrze w Polsce w ciągu ostatnich kilku, kilkunastu tygodni, to jest największa katastrofa ekologiczna, jaką widzieliśmy w ciągu ostatnich kilkudziesięciu lat w Polsce. To był dramatyczny widok. Ja mieszkam w Szczecinie – w mieście, w którym i wokół którego, widzieliśmy tysiące kilogramów, a w całej Polsce setki ton, śniętych ryb.

Od wielu tygodni zwykli wędkarze, organizacje pozarządowe, służby samorządowe alarmowali rząd o tym, że ktoś truje Odrę. I potem doszło do tej katastrofy. I widok wędkarzy, zwykłych, prywatnych ludzi, którzy odławiali swoimi własnymi siatkami śnięte ryby – te, które wypłynęły, bo setki ton leżą na dnie – był widokiem wstrząsającym.

Minęło wiele tygodni i do dzisiaj nie mamy wyjaśnienia, nie mamy informacji, kto się do tego przyczynił. Media donoszą, że winnym tej sytuacji są być może wielkie firmy, być może firmy państwowe, które zatruły Odrę. Dzisiaj mamy sytuację taką, w której polski rząd jest właściwie milczący, nie robi nic. Komisja Europejska powinna tę sprawę wyjaśnić: kto i w jaki sposób zatruł Odrę? Dlaczego dzisiaj w Polsce tak wielka rzeka, jaką jest Odra, jest rzeką w pełni martwą?

Wszyscy powinniście – powinniśmy – usłyszeć tę martwą ciszę nad Odrą. Tam zawsze był świergot ptaków, ruch zwierząt. Dzisiaj jest martwa cisza. I musimy wyjaśnić to, co tam się stało, po to żeby nigdy więcej to nigdzie się nie powtórzyło. I to jest nasze tutaj zadanie.

Łukasz Kohut, w imieniu grupy S&D. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! W umierającej Odrze widać jak w soczewce całe chore, zatrute państwo rządzone od siedmiu lat przez obóz Zjednoczonej Prawicy. Widać bezsensowną centralizację i zabieranie samorządom ich potrzebnych do zarządzania kompetencji. Widać zatrudnienie pociotków, partnerów, mężów i innych członków rodziny, bo „teraz my” albo „nam się to należy” – cytując klasyka.

Widać niekompetencję wiceministrów i ministrów i butę – słynne już „mogę się wykąpać w Odrze, tylko przetrzymajcie mi ubranie”. Widać kompletny chaos polityki informacyjnej. I widać także niestety demolkę dobrych relacji polsko-niemieckich. Widać zniszczenie praworządności i zniszczenie trójpodziału władzy – bo pisowska władza wie, że jest bezkarna. Dlatego bez żenady zamiotła sprawę pod dywan.

A Odra to nasza wspólna sprawa. To sprawa Śląska. To sprawa Polski. Odra to sprawa Czech. I także sprawa Niemiec. To nasza wspólna europejska sprawa. I wspólna odpowiedzialność.

I nie ma wątpliwości, że to człowiek stoi za katastrofą na Odrze. Złote algi mogły się rozwinąć przez działalność człowieka – zasolenie wody.

Ale nadal nie wiemy, kto konkretnie spowodował tę katastrofę ekologiczną. Dlatego razem z premierem Markiem Belką interweniowaliśmy u polskich władz. Chcieliśmy się dowiedzieć, czy zwiększono ilość zrzutów solanki do Odry i do jej dopływów. Oczywiście odpowiedzi nie otrzymaliśmy. Wnioskowaliśmy o udostępnienie wyników wszystkich badań naukowcom oraz stronie społecznej. Oczywiście bez odpowiedzi.

Bo polskiej władzy wolno więcej. Wolno lekceważyć obywateli. Wolno obrażać przeciwników politycznych. Wolno nasyłać prokuraturę na wędkarzy. Wolno im – ale pamiętajcie, pycha i buta kroczą przed upadkiem.

A przecież mogło być inaczej. Przecież można było 7 lat temu nie wyrzucać fachowców z instytucji państwowych. Można było spółek nie obsadzać pociotkami. Przecież można było stworzyć odpowiednie mechanizmy ostrzegania i reagowania. Przecież państwo mogło zadziałać.

Zamiast tego mieliśmy dziadostwo i chaos, po śląsku *bych padół – maras*, czyli kwintesencję rządów PiS. Z tego Was rozliczymy. Nie z tego, że wytruliście ryby w Odrze, ale z nieudolności i z braku profesjonalizmu.

Więc jeśli już nie reagowaliście na katastrofę ekologiczną miesiąc temu, to przynajmniej teraz ograniczajcie jej skutki. Ścisła współpraca międzynarodowa. Odtwarzanie terenów podmokłych. I zalesienie, a nie kolejne wycinki. To przyczyni się do zwiększenia retencji wody. Dajcie tej rzece, podobnie jak społeczeństwu, szansę na odbudowę. Do roboty!

Róża Thun und Hohenstein, w imieniu grupy Renew. – Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Komisarz! Wspomniała Pani o tych 200 tonach martwych ryb w Odrze. Niech Państwo sobie to wyobrażą. To jest mniej więcej tyle, ile waży Statua Wolności. Tyle martwych ryb wyłowili z Odry ci, którzy ją czyszczą, pracują i liczą. Minęły dwa miesiące, a ciągle jeszcze nie mamy informacji, co tak naprawdę się stało, kim są ci sprawcy, jakie są i jakie będą skutki tej katastrofy dla środowiska tych krajów, które zostały wspomniane, dla zdrowia ludzi, którzy mieszkają bliżej i dalej Odry. Pani Komisarz, bądźmy szczerzy, ta katastrofa nie jest spowodowana, tak jak często słyszymy, przyczynami naturalnymi. To jest kolejne kłamstwo rządu, który milczał, mimo że już cztery lata temu ostrzegano go o katastrofalnym wpływie zanieczyszczonych wód płynących do Odry. Od tego czasu nic się nie zmieniło, nawet po tym, jak w lutym tego roku Komisja Europejska wszczęła postępowanie przeciwko polskiemu rządowi w sprawie uchybienia zobowiązaniom państwa członkowskiego, za niedostateczną kontrolę zrzutów zanieczyszczeń do naszych rzek, za niewdrożenie tak zwanej dyrektywy ściekowej.

Szkoda, że nie ma dzisiaj z nami komisarza Sinkevičiusa, bo to on jest odpowiedzialny za ochronę środowiska. A ja chciałabym go zapytać, czy wystarczająco blisko współpracuje z organizacjami pozarządowymi, czy słucha głosu ekspertów, sygnalistów, którzy bronią środowiska, czy traktuje ich z należytą uwagą i powagą, czy korzysta z ich wiedzy, z ich doświadczenia? Gdyby to robił, wiele z jego pytań miałoby już dzisiaj odpowiedź. Trzeba podziękować społeczeństwu obywatelskiemu: wędkarzom, strażakom, ochotnikom, którzy w tej kryzysowej sytuacji ratowali zdrowie i życie ludzi i ratowali naszą wspólną rzekę.

Jednak, Pani Komisarz, co dalej? To jest bardzo przygnębiające, że musimy zwracać się tutaj do was, koleżanki i koledzy, że musimy zwracać się do Komisji Europejskiej o ochronę dóbr, o które powinien troszczyć się nasz własny rząd. Jednak mamy do czynienia z przestępstwem przeciwko środowisku i potrzebujemy odpowiedniego dochodzenia, aby nigdy więcej to się nie zdarzyło. A nie możemy polegać na polskiej administracji rządowej, która przerzuca winę za katastrofę na innych, podaje nierzetelne informacje. Przecież ci, którzy zdają sobie sprawę z zagrożenia i z tych zagrożeń, które jeszcze są przed nami, czekają na aktywność Komisji Europejskiej.

Pani Przewodnicząca, proszę pozwolić mi jeszcze na jedno słowo. Czekamy na taką aktywność Komisji Europejskiej, jaką widzieliśmy przy ratowaniu Białowieży. Bo nadal jesteśmy świadkami zniszczeń, takich jak przekop Mierzei Wiślanej, przedłużenie emisji z Turowa. I czekamy na czyny, na fakty ze strony środowiska, aby działania na rzecz ochrony środowiska rzeczywiście były konkretne.

Hannah Neumann, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich stand im Sommer bis hierhin im Wasser der Oder, um tote Fische einzusammeln. Das war eklig, und es war auch wahnsinnig traurig. Ich habe das zwei Stunden gemacht. Andere haben das zwei Wochen lang gemacht. Das macht niemand freiwillig. Und ich will erst mal sagen: Danke – *dziękuję bardzo* – für alle, die diese Arbeit getan haben.

Was da passiert ist diesen Sommer, das war eine menschengemachte Katastrophe. Und das heißt, Menschen müssen jetzt auch was machen, dass das nicht noch mal passiert. Keine Schuldzuweisungen, sondern vor allem konkrete Schritte nach vorne.

Erstens, wir dürfen nicht mehr so viele Chemikalien in die Oder einleiten – auch jetzt, wo die Muscheln tot sind, die die Filteranlage des Flusses waren. Wir brauchen gemeinsames, transparentes Monitoring für den Zustand des Flusses und grenzüberschreitende Warnsysteme, damit wir mitkriegen, bevor was passiert, bevor es kippt, bevor die Fische wieder sterben. Und ja, genauso wie diesen Sommer ist die Oder jedes Jahr monatelang nicht beschieffbar. Und egal, wie tief jemand buddelt, aus der Oder wird kein Rhein. Deswegen muss das deutsch-polnische Regierungsabkommen wieder auf den Tisch, es muss neu verhandelt werden im Sinne der europäischen Wasserrahmenrichtlinie. Bis dieses Abkommen up to date ist, brauchen wir einen Baustopp, damit nicht noch mehr sinnlos zerstört wird entlang der Oder.

Ich weiß, Frau Kommissarin, viele Punkte waren auch auf Ihrem Zettel. Aber deswegen sollte die Kommission auch mal kritisch den Einsatz von EU-Fördermitteln an der Oder prüfen. Denn hier werden täglich Dinge gebaut, die dem Fluss schaden, statt ihn zu schützen – mit EU-Geld gegen EU-Regeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Sommer hat uns eins gezeigt: Die Oder ist vor allem ein sehr, sehr verletzlich Ökosystem. Deswegen müssen wir uns jetzt einfach endlich gemeinsam und vernünftig um den Tisch setzen – Deutschland, Polen, Tschechien und die EU – und überlegen, wie es weitergehen soll, im Sinne des Flusses und vor allem im Sinne der Menschen, die dort leben und arbeiten.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Im Sommer kam es im Oder-Gebiet an der deutsch-polnischen Grenze zu großen Schäden im Ökosystem. Tonnenweise verendeten Fische und Muscheln sowie zahllose Vögel und Biber. Als wahrscheinliche Ursachen gelten menschengemachte Gewässerverschmutzung und Hitze, die zu niedrigen Wasserständen, erhöhten Wassertemperaturen und exzessivem Salzgehalt führten. Polnische Beamte weisen bereits deutschen Behörden oder Unternehmen Nachlässigkeit oder gar Schuld zu. Doch gewässerökologische Untersuchungen deuten auf Verursacher flussaufwärts der Oder hin. Erste Spannungen scheinen sich anzudeuten.

Das EU-Umweltrecht kennt klare Leitlinien: das Verursacherprinzip und die Schadensminimierung. Vor Schuldzuweisungen sollten daher erstmal die wissenschaftlichen Untersuchungen abgeschlossen werden. Denn wenn sich zwei Mitgliedstaaten nicht auf die ordnungsgemäße Nutzung einiger Hundert Kilometer Fluss einigen können und sich dabei fast überwerfen, sieht es nicht gut aus – nicht gut, dass sich 27 Mitgliedstaaten auf die Bewirtschaftung und Zukunft von 4,5 Millionen Quadratkilometern EU einigen.

Anna Zalewska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani przewodnicząca! Pani Komisarz! Szkoda, że nie dyskutujemy o tym, co ważne dla rozstrzygnięcia powodów katastrofy ekologicznej na Odrze. Za dwa tygodnie, za trzy tygodnie, na następnym posiedzeniu w Strasburgu. Pani Komisarz, państwo, którzy wnioskowali, dobrze wiedzą, że polski rząd, ale nie tylko – niemiecki, jak również Komisja – czekają na wyniki badań. One pojawią się 30 września. Wtedy będziemy wiedzieć dużo więcej.

Przypomnę: pobrano 30 tys. próbek, w kilku krajach europejskich są robione badania i one są ze sobą zgodne. Są podejmowane decyzje dotyczące weryfikacji pozwoleń wodno-prawnych, które być może są już nieaktualne przy zmianach klimatycznych i coraz niższym stanie wody, nie tylko Odry. Śnięcie ryb jest zjawiskiem niestety coraz powszechniejszym. Dlatego tak ważna jest współpraca i wiedza po to, by wyciągać wnioski – nie tylko w Polsce – ale żeby te wnioski służyły pracom i zapobieganiu tego rodzaju zdarzeniom w całej Unii Europejskiej.

Dlatego dziękuję Komisji Europejskiej za tę powściągliwość, która wielokrotnie powiedziała, że czeka na wyniki badań. Zapowiadanych jest szereg działań, dlatego że my nie pozostajemy bierni, chcemy działać dalej, wyciągać wnioski, a przede wszystkim wesprzeć mieszkańców, obywateli, ale również rzekę. Zależy nam, by Odra każdego dnia wracała do życia.

Helmut Scholz, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin, Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind alle wieder einmal betroffen – wieder einmal! Und das Fischsterben an der Oder ist ein ökologisches Desaster. Expertinnen und Experten haben giftige Algen als Ursache benannt, die entstehen, wenn Flüsse durch Industrieabwässer verschmutzt und versalzt werden. Knapp 300 illegale Abflussleitungen sind bislang an der Oder entdeckt worden, so beispielsweise ein illegales Abflussrohr in einer polnischen Papierfabrik. Vielmehr müssen wir doch feststellen: Industrieanlagen generell leiten leider ihre Abwässer in den Fluss ab, weil sie die Kosten für die Entsorgung umgehen wollen. Es ist also ein wirtschaftliches Problem für viele Betriebe.

Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, Schadstoffe aus Abwasser- und Regenwasserleitungen und, und, und – die Liste ist lang. Und das empfindliche Ökosystem der Oder, eines der wenigen noch bislang einigermaßen naturbelassenen Flüsse, ist vielfältigen Belastungen eben durch diese menschlichen Einflüsse ausgesetzt und kann diesen nicht mehr standhalten – trotz der Europäischen Wasserrichtlinie. Die sich zuspitzende Klimakatastrophe führt zudem zu Niedrigwasserständen und hohen Temperaturen. Und meine Kollegin Neumann hat von dem Waten sozusagen bis zum Hals – was möglich war im Sommer – gesprochen. Das wortwörtliche Stinken der toten Fische hat die Menschen entlang der Oder auf beiden Seiten der Grenze zutiefst erschreckt.

Das Ökosystem wird, das möchte ich noch einmal unterstreichen, wissentlich zerstört, und die dort lebenden Pflanzen und Tiere verlieren ihren Lebensraum – und das in Zeiten des zunehmenden Artensterbens und des Verlusts der Biodiversität.

Zudem und weiterhin wird nun auch noch begonnen – und Polen als erster Anrainerstaat an der Oder hat begonnen –, die Oder auszubaggern, gemäß dem vor Jahren gefassten Plan der beiden EU-Staaten Polen und Deutschland, die Oder schiffbar zu machen. Das ist ein völlig falscher Ansatz. Ich fordere deshalb die Kommission auf, sich beim EU-Staat Polen dafür einzusetzen, die bereits begonnenen Baggerarbeiten auf der polnischen Seite unverzüglich zu stoppen. Und ja, wir brauchen auch eine Kooperation Deutschlands, Polens, Tschechiens, der Europäischen Union, vielleicht auch der anderen Ostsee-Anrainerstaaten, was die gegenseitigen Warnsysteme betrifft, um schnell handeln zu können.

Bei der deutschen Bundesregierung bitte ich Sie, darauf hinzuwirken, die Ausbauarbeiten gar nicht erst zu beginnen. Denn trotz neuerer verbaler Bekenntnisse des Bundesumweltministeriums gegen den Oderausbau ist bisher nicht bekannt geworden, dass die Pläne für die Ausbaumaßnahmen auf deutscher Seite gestoppt worden seien. Hier läuft wohl zurzeit noch eine strategische Umweltprüfung seitens der deutschen Regierung, und die Auswirkungen sind eigentlich mit bloßem Auge zu erkennen.

Deshalb: Wir müssen zusammenarbeiten, wir brauchen deutsch-polnische Kooperation, wir brauchen die Unterstützung der EU-Kommission, gerade auch für die Menschen in der Region, für die Abfederung der Auswirkungen dieses Fischsterbens und auch für die Entwicklung einer gesamtwirtschaftlichen Perspektive für die Menschen in der gesamten Oderregion westlich und östlich dieses Flusses.

Dino Giarrusso (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, il disastro ecologico che ha colpito quest'estate il fiume Oder deve farci capire che non abbiamo più tempo per aspettare un graduale abbandono delle cattive pratiche in termini di pesticidi o gestione delle acque reflue. La gestione di un fiume così importante, che parte dalla Repubblica Ceca per poi creare un confine naturale fra Germania e Polonia, deve rappresentare per tutta l'Europa un esempio e un monito.

Ma non è solo il disastro del fiume Oder a dover preoccuparci: tutte le emergenze ambientali, l'accelerazione nei cambiamenti climatici, l'uso ormai inaccettabile di veleni e la gestione incosciente delle acque sono un campanello d'allarme che nessuno di noi può più fingere di non sentire.

La siccità di quest'estate in Europa ha aumentato la salinità e diminuito l'ossigenazione dei corsi d'acqua, causando enormi disagi alla fauna e alla flora acquatica, con milioni di pesci morti proprio per queste cause.

Questo passo indietro di dodici anni deve spingere l'Europa a prendere decisioni forti non solo sui pesticidi e sulla gestione dello smaltimento dei rifiuti industriali, onde evitare nuove catastrofi che si ripercuoteranno per anni su biodiversità e produzione agricola, ma su tutta la gestione di quel patrimonio immenso senza il quale non sarebbe possibile la vita, cioè l'acqua.

Far capire all'umanità che l'acqua, fonte di vita, è oggi preziosa quanto e più del petrolio deve essere uno dei principali obiettivi dell'Europa nei prossimi dieci anni.

Janina Ochojska (PPE). – Szanowna Pani Przewodnicząca, Pani Komisarz, Szanowni Państwo! Można mówić, że czeka się na wyniki, ale działać trzeba było już wcześniej. Równie ważne jak to, co zatrało, jest ważne, kto zatrał. Podejrzane są duże zakłady, a nie jest ich tak wiele. Jak widać, rządzącym nie zależy na wyjaśnieniu sytuacji ani na wyciągnięciu wniosków na przyszłość. Wszczęto niewystarczające procedury, które pomogłyby nie tylko wskazać na konkretne przyczyny zdarzenia, ale przede wszystkim usprawnić działania w przyszłości. Do tej katastrofy ekologicznej doszło między innymi dlatego, że podejście do rzek nie ma charakteru zrównoważonego. Wielu problemów można by było uniknąć, gdyby nie wydawano tylu pozwoleń na odprowadzanie do rzek odpadów poprzemysłowych, zutylizowanych substancji itp. oraz gdyby lepiej kontrolowano to, co dokładnie jest odprowadzane. Niestety tego nie było. Niewyjaśnienie, kto jest sprawcą, jego bezkarność stwarzają obawy, że taka katastrofa może przydarzyć się znowu. Chcę przypomnieć, że każde naruszenie przez człowieka ekosystemu nie tylko niszczy środowisko, ale działa na szkodę całej ludzkości.

Sylvia Spurek (Verts/ALE). – Pani Przewodnicząca! Czas, aby ochrona zdrowia, ochrona środowiska i prawa zwierząt stały się wyłącznymi kompetencjami Unii Europejskiej. W tych obszarach Unia Europejska musi samodzielnie stanowić prawo. Już czas na debatę o zmianie traktatów i nadanie Wspólnocie wszystkich kompetencji niezbędnych do tego, aby Komisja Europejska w końcu stała na straży praw człowieka, ochrony środowiska naturalnego i praw zwierząt. Bo obecna sytuacja pokazuje, że ten system nie wystarczy.

Oczywiście winni zatrucia Odry muszą ponieść konsekwencje. Musimy wyjaśnić, czy i jakie błędy popełniły polskie władze. Ale w Parlamencie Europejskim musimy myśleć systemowo i szukać rozwiązań, żeby środowisko naturalne w Unii Europejskiej było bezwzględnie chronione i żeby Komisja posiadała do tego kompetencje.

Dlatego chcę zapytać Komisję, z jakimi konkretnymi inicjatywami legislacyjnymi chce wystąpić? Jak chce zmienić swoje struktury? Jakie nowe prawo i jakie nowe prawne narzędzia chce stanowić? Co zamierza zrobić, żeby skutecznie chronić nasze wartości i nasze prawa?

Maximilian Krah (ID). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Niemand kommt durch Vernunft zur Vernunft. Wir haben jetzt eine Katastrophe, und das Maß wird sein, dass es gelingt, aus dieser Katastrophe die richtigen Schlüsse zu ziehen. Das Leibniz-Institut für Gewässerökologie hat bereits in einer ersten Stellungnahme darauf hingewiesen, dass das Ökosystem Oder wieder renaturiert werden muss. Wir brauchen eben die Wiederöffnung zu Nebenflüssen, wir brauchen die Wiedereröffnung von alten Hochwasserüberflutungsgebieten, die jetzt landwirtschaftlich genutzt werden, und vor allen Dingen brauchen wir den Stopp des Ausbaggerns und des Schiffbarmachens.

Wir müssen generell aufhören damit, dass wir meinen, die Natur standardisieren und normieren zu müssen, und lernen, mit dem zu leben, was die Natur ist. Sie hat unsere Heimat geprägt, sie prägt unser Denken, und wir schulden ihr, dass wir sie achten, dass wir sie respektieren und nicht, dass wir sie zerstören im Rahmen irgendwelcher kurzfristigen Ausbaumaßnahmen. Wenn es etwas Gutes gibt, dann, dass wir jetzt darüber diskutieren – und offenbar auch fraktionsübergreifend – und dass damit auch die Hoffnung besteht, dass die Vernunft sich durchsetzt und wir keine neue Katastrophe an der Oder haben werden.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Każda katastrofa ekologiczna, każda katastrofa o takich skutkach, jakie miały miejsce w Odrze, jest godna ubolewania i potępienia. Ale, Pani Przewodnicząca, proszę pozwolić na taką moją osobistą refleksję. Równie dewastująca jest katastrofa zatrutych umysłów i nienawiści totalnej opozycji. Te wystąpienia, które tutaj Państwo przed chwilą zaprezentowali, mówię o wystąpieniach, niestety, europosłów z Polski, są totalnie oderwane od rzeczywistości. Idąc waszym tokiem rozumowania, topnienie lodów na Grenlandii czy na Antarktydzie to również skutek braku praworządności w Polsce i skutek rządów Prawa i Sprawiedliwości. Chciałoby się powiedzieć, Szanowni Państwo, są granice głupoty.

Natomiast przechodząc do meritum, chciałbym, również jako mieszkaniec Szczecina, z całego serca podziękować tym wszystkim obywatelom, społecznikom, wędkarzom, wodniakom, motorowodniakom, Państwowej Straży Pożarnej, administracji rządowej, wojewodzie lubuskiemu Władysławowi Dajczakowi, wojewodzie zachodniopomorskiemu Zbigniewowi Boguckiemu za to, jak podjęli realną walkę z rzeczywistym zagrożeniem.

Innym bardzo niepokojącym elementem, który pada podczas tej dyskusji, są postulaty, aby Polska wstrzymała prace regulacyjne Odry. Chciałoby się powiedzieć: o, figa z makiem. Uregulowaliście wszystkie rzeki w Niemczech, w Holandii, w Belgii. Oczekujecie, że Polska będzie skansenem Europy? Nigdy w życiu. Rząd polski będzie kontynuował prace regulacyjne Odry.

(Catch-the-eye procedure)

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, po tom předchozím vystoupení bych chtěl zvolat: „Pojďme se vrátit k ochraně našich řek.“ Řeky jsou skutečně naše bohatství. Je nepochybné, že ty velké evropské toky mají vždy přeshraniční charakter, takže ten evropský rozměr je docela jasný. K těm incidentům dochází i v České republice. Došlo zde k významnému incidentu. Já své vystoupení nezneužiji. Mě docela přesvědčilo vystoupení paní komisařky. Myslím si, že je důležité doplnit dvě potřeby. Opravdu si myslím, že je nezbytné zmapovat toky z hlediska nelegálních vpustí. Pokud prostě nebudeme mít zmapované toky, co do nich přichází, tak k těmto incidentům bude docházet stále častěji, to je zcela zjevné. A spolupráce těch vnitrostátních orgánů je naprosto nezbytná, to i paní komisařka sdělila. Je důležité, aby zde byl zastoupen i prvek informovanosti. Nepochybně občané mají právo dostat informace, protože ty incidenty jsou velmi znepokojivé, jsou to katastrofy na mnohých tocích. A také účinnost vyšetřování, to je nezbytné. Opravdu je nezbytné, abychom zde měli nezávislé orgány na vládách, které mohou tyto incidenty náležitě vyšetřit.

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiama Pirmininke, gerbiama Komisijos nare, iš tikrųjų kiekviena nauja ekologinė katastrofa reiškia, kad mes nepasimokėme iš prieš tai įvykusių. Ir nesiėmėme tų priemonių, kurios yra reikalingos. Jūs labai gerai pastebėjote, kad reikia sulaukti tyrimų rezultatų ir sustiprinti įspėjimų sistemas ir reakciją į tokius įvykius. Bet štai iš mūsų kurių kolegų girdime, kad nereikia kaltinti Vyriausybės, čia jos nieko dėtos ir problema kažkaip išsispręs pati. Mano siūlymas ir klausimas jums, gerbiama Komisijos nare: iš tikrųjų, ar galima tikėtis, kad Komisija, kaip ekspertas, kaip tam tikras arbitras, imsis daugiau atsakomybės, nepalikdama spręsti visų problemų tikrai šalims narėms? Nes tai yra ne šalių narių katastrofa, tai yra visos Europos žmonių sveikatos ir gamtos katastrofa, kurių mes turėtume išvengti. Ir aš labai laukčiau rimtesnių, griežtesnių rekomendacijų iš Komisijos.

Mick Wallace (The Left). – Madam President, for a river that is home to over 40 local species of fish, the 100 tonnes of dead fish pulled from the River Oder is nothing short of an ecological disaster. But it shouldn't take an unmitigated ecological disaster to wake us up to the crisis state that the rivers and water sources are in across Europe. It's not just in Poland. Every Member State should be in crisis mode.

According to data from the European Environmental Bureau (EEB), 60% of Europe's rivers, lakes and wetlands are not in good ecological health. Since the seventies, the level of European freshwater species have dropped by a staggering 81%. Almost half of Ireland's rivers have unsatisfactory water quality levels, and there was a decline in water quality in 230 rivers recorded in Ireland in 2020.

The state of our rivers, the state of our waters right across Europe can be boiled down to simply EU Member States not wanting to make EU water legislation work. The legislation is there, it's not being implemented. Major polluters from industry and agriculture are running amok. Is the Commission prepared to act?

Clare Daly (The Left). – Madam President, I have to say I'm glad that we're having this discussion but obviously sorry that we have had to because, as colleagues have said, since the end of July we've had unquantifiable tonnes of dead fish floating on the Oder river between Germany and Poland. And it is an environmental disaster of enormous proportions, the cause of which has not been clarified, the full of extent of which cannot be foreseen. So I think we really have to take note of this.

We know from the Polish parliamentary inspection revealing nearly 300 sites of illegal waste water discharge, but it is unclear about what and who is responsible for this poisoning. But what is clear is that the growth of algae is not a natural occurring phenomena, it's definitely a man-made problem. It could have been caused by industrial discharges as well as dry and hot weather conditions.

And as my colleague has said, it's not a problem that's confined to Poland. We see similar phenomena on the Baltic Sea, which has had large dead zones reaching as much as 60 000 km² in total. Human activities, the use of artificial fertilisers in agriculture, end up in rivers and contribute to dead zones. We have to look at the CAP, we have to look at our policies and we have to look at a policy of degrowth.

(Konec vystoupení na základě přihlášení se zvednutím ruky)

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Madam President, Honourable Members, thank you very much again for putting this topic on today's agenda. I am pleased that I can stand here on behalf of my colleague, Commissioner Sinkevičius, who is following this debate. He could not be here today, but I spoke to him before we started to debate this horrible case, and he confirmed to me that it is among his main priorities to understand what happened, why it happened, and what all those involved can do to restore the river's ecosystem.

Of course, everything should also be done in the follow-up to take all the preventive measures so that we don't see such cases again in Europe. I can only confirm what he told me, that we expect the Polish authorities to investigate thoroughly the case and to find out the reasons for the catastrophe.

Indeed, we are waiting for the results of the investigations, which should come on the 30 September 2022. For the Commission, it's important that we not only know what happened, but also that we draw lessons so that we have sufficient knowledge to prevent new cases of this kind in the future. We need to be prepared in such cases to act swiftly, to warn those concerned and to contain the impacts as much as possible.

As I said before, we must be prepared to address these accidents more fundamentally wherever we exercise more pressure, usually for economic reasons, than our rivers can handle. The Commission will remain in close contact with the countries most concerned to offer our support where possible, but also to ensure that EU law is respected.

A question was put many times regarding the Commission's action. Of course, we have EU law, which the Commission is obliged to pursue. We will react according to the rules and competences we have in our hands. We have a lot of legislation – as you know better than me – in this field. Ms Spurek asked about this lack of preparation, so we are preparing the revision of the Urban Wastewater Treatment Directive. It is planned for the end of November as part of the package on zero pollution, as you also probably know.

Madam President, Honourable Members, events such as the massive death of fish on the Oder over the summer is catastrophic for aquatic life, for nature directly linked to the river, for fishermen, for citizens who want to relax at or in the river, and for everyone who depends on this river. So it is our common obligation to try to understand and to take the necessary steps not to let this happen again and to repair what has been damaged. Thank you very much.

President. – The debate is closed.

15. Erklärungen zur Abstimmung

ředsedkyně. – Dalším bodem řádu jednání je ústní vysvětlení hlasování.

15.1. Feststellung der eindeutigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Werte, auf die sich die Union gründet, durch Ungarn (A9-0217/2022 - Gwendoline Delbos-Corfield)

Ústní vysvětlení hlasování

Clare Daly (The Left). – Madam President, I'm really annoyed that I had to abstain on this motion because of an outrageous recital giving out about Hungary blocking sanctions against Russia. If Hungary wants to block sanctions because their economy is dependent on Russia, that's their business. If they want to block sanctions because they love Putin, we might not agree with it, but that's the law of the European Union. European treaties give them that right.

But what this recital does is say that Hungary blocking and exercising their legal right is unacceptable and dangerous. That's hardly accepting and respecting the rule of law, is it? What it is doing is saying the rule of law is fine, except when people we don't like exercise it. It sounds very Orbán to me. Unfortunately, because of this, the Hungarian Government will now have an excuse to dismiss this report as politicised.

We're undermining our actually very strong case with regard to the disastrous rule of law situation in Hungary, and on top of that, we are alienating the minority groups in Hungary who don't agree with Orbán's policy on Russian sanctions, but the people we're supposed to be supporting. So it's a really serious precedent. If we accept this, what next? Will we have a data protection resolution on Ireland saying that our neutrality is a threat to European security? It's just not good enough.

15.2. Achter Kohäsionsbericht über den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt in der EU (A9-0210/2022 - Constanze Krehl)

Ústní vysvětlení hlasování

Vlad Gheorghe (Renew). – Doamnă președintă, (*inceputul intervenției nu a fost făcut la microfon*)... am lucrat la el în Comisia de bugete și le mulțumesc colegilor pentru susținerea amendamentelor mele.

Milioane de ucraineni și-au părăsit casele și au ajuns în Uniunea Europeană și în nicio țară, Statul nu a fost primul în vâmi, nu a fost primul în gări, dar voluntarii și ONG-urile s-au mobilizat din prima clipă. Pe grupul „Uniți pentru Ucraina”, 280 000 de români continuă să ajute după șase luni de război.

Totuși, am ales să dăm fonduri exclusiv guvernelor, aceleași care încalcă statul de drept și sunt afectate de corupție sau paralizate de birocrăție. Am solicitat să facem și linii de finanțare directă pentru societatea civilă, pentru că banii europeni trebuie să ajungă la beneficiari direct și la cei care ajută efectiv, nu să fie întârziați de guverne în dosare cu șină depuse în triplu exemplar.

Mai ales acum este de datoria noastră să creștem nivelul de pregătire și de intervenție în criză, să păzim banii europeni de corupție și să învățăm din ultimii ani, să nu dureze trei mandate să schimbăm ceva ce nu merge.

15.3. Umsetzung der aktualisierten neuen Industriestrategie für Europa: Anpassung der Ausgaben an die Politik (A9-0214/2022 - Tom Berendsen)

Ústní vysvětlení hlasování

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, I voted in favour of this report, and it does highlight the challenges facing Europe with regard to the COVID pandemic and now the Russian aggression in Ukraine. It shows that we are very reliant on international trading partners, and sometimes we are incapable of ensuring that we can have production within our own borders within the European Union.

At the same time, I would be very concerned that we would use this to put up barriers to international trade, to put up barriers that force, rather than encourage, competition, and that ensure that we have the standards that we can export across the globe as well in terms of environmental, labour and other standards as well.

While we do need to have a capacity within our European borders in production, in modern technologies, and in creation of new ideas, thinking and innovation, we certainly do not need to become cold to others wanting to locate in Europe as well, to express themselves here in terms of how they manufacture and what they want to produce. So while welcoming the report, let's not make Europe a cold place for international trade and international innovation.

15.4. Die Auswirkungen von Dürre, Bränden und anderen extremen Wetterereignissen: verstärkte Bemühungen der EU zur Bekämpfung des Klimawandels (RC-B9-0384/2022, B9-0384/2022, B9-0391/2022, B9-0393/2022, B9-0403/2022, B9-0404/2022, B9-0405/2022)

Ústní vysvětlení hlasování

Clare Daly (The Left). – Madam President, I voted for this motion. I would like to compliment the work of our very own Damien Thomson from Firhouse in Dublin, who was the main negotiator on the text, and we are very proud and happy to see it. But we have to be honest as well that a lot of the good stuff in this is contradicted by our actions.

The motion acknowledges that we're not doing enough, that the Green Deal and Fit for 55 are grand as they are but they're not enough. And we have to look at things like the decisions we've made in terms of the vote on EU taxonomy, which gives a role to private investment in gas and nuclear in the green transition. We've got to look at us bringing back filthy fracked gas into Europe, reigniting coal plants in the so-called name of the war against Ukraine when the biggest war on earth is the war to save our planet.

So we have to be very careful here. The issue is clear. We can continue to bend the knee to vested interests that keep the pressure on the European Union to protect their profits, to continue growth, or we can to take a sustainable course. I'm very glad that a lot of good measures are contained in this report but the job of work will be to have it implemented.

Mick Wallace (The Left). – Madam President, over 1 300 people killed, 1 million homes gone, 33 million Pakistanis displaced, but does the EU care? The UN Secretary-General has appealed for massive global support and tougher action on climate change. We've allocated EUR 1.8 million in humanitarian assistance for flood victims. How much are we going to allocate for loss and damage to help survivors build back their homes?

Rich nations have an urgent responsibility to reduce their emissions, but not enough is being done. The EU is now undermining its climate goals to facilitate the US/NATO proxy war in Ukraine. Across Europe, Member States are turning back to coal or to filthy fracked US LNG. The Greens are in government in Germany. Germany is re-firing coal plants and agreeing LNG terminal contracts like there's no tomorrow. The EU and its citizens are paying a massive financial and climate cost to support this proxy war.

And just my last point. Well done to Damien Thomson on this resolution, but very sad to see the PPE Group put in an amendment which calls on the Commission to refrain from proposing further EU legislation that endangers or risks endangering our food security. This is more clawback. This is not the way forward.

15.5. Die Lage in der Taiwanstraße (RC-B9-0389/2022, B9-0389/2022, B9-0392/2022, B9-0394/2022, B9-0396/2022, B9-0398/2022, B9-0400/2022)

Ústní vysvětlení hlasování

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, the European Union says it respects the One-China policy. Ireland stands for the One-China policy. I hope that the issues around the historical differences between Taiwan and China mainland itself can be resolved, but let us be very honest with ourselves. China's track record, in terms of how it has addressed Hong Kong in recent years, would give grave concern to those living in Taiwan and those that want to see the issues addressed between China and Taiwan resolved in the years ahead.

We also have to call on international partners to dial down the rhetoric around the issue of Taiwan. I went there myself personally many, many years ago. I saw first-hand their genuine efforts at trying to ensure that democracy was part and parcel of their political life. Looking across the Taiwan Strait at how Hong Kong has been undermined and how democratic principles has been undermined does not give the Taiwanese comfort that, in the event of there being a One-China policy completed, their democratic values and their ways of life would be respected. So we do need to dial down the rhetoric, and we have to call on China to reduce its aggression in the Taiwan Strait as well.

President. – That concludes the oral explanations of vote.

16. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

17. Petitionen: siehe Protokoll

18. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

19. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

20. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll

21. Beschlüsse zur Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll

22. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte

President. – The minutes of this sitting will be submitted to Parliament for approval at the beginning of the next sitting.

If there are no objections, I shall forward forthwith the resolutions adopted at today's sitting to the persons and bodies named in the resolutions.

23. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**24. Schluss der Sitzung**

(The sitting closed at 15.53)

25. Unterbrechung der Sitzungsperiode

President. – I declare adjourned the session of the European Parliament.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos